

hessische jugend

Fachmagazin für
Jugendverbandsarbeit in Hessen

2/13

Jg 65 Heft 2
Juli 2013



: Wer die Wahl hat...

Jugend . Politik . Wahlen.

GERADE JETZT – EINMISCHEN UND MITREDEN

JUGENDPOLITISCHE FORDERUNGEN IM LANDTAGSWAHLKAMPF

HESSEN WIRD ENDLICH KINDERRECHTE-LAND

JUGENDTHEMEN IN HESSISCHEN PARTEIPROGRAMMEN



3 EDITORIAL

4 FUNDSACHEN

6 MEINUNG

Wählen mit 16! Im Interesse der Jugend und der Demokratie.

Kati Mühlmann, *Hessischer Jugendring*

7 SCHWERPUNKT

7 Jugendpolitik in Hessen – Hessische Jugendpolitik

Prof. Dr. Benno Hafeneeger, *Professor für außerschulische Jugendbildung, Philipps-Universität Marburg*

11 Gerade jetzt – Einmischen und Mitreden

Holger Kindler, *Hessischer Jugendring*

14 Hessen wird endlich Kinderrechte-Land

Klaus Bechtold, *Hessischer Jugendring*

17 Wird Jugendpolitik gerade neu erfunden?

Klaus Waldmann, *Bundestutor bei der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung*

19 Nicht ungefährlich.

Extrem rechte Parteien und ihre Aktivitäten in Hessen

Verena Grün, *Trainerin und freie Journalistin*

21 Deine Stimme zählt!

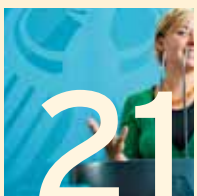
Fabian Wagner, *DGB-Jugend Hessen-Thüringen*

22 Jugend und Politik

Peter Martin Thomas, *Leiter der SINUS-Akademie*

23 HAUSTICKER HJR

24 KALENDER





DAVID SCHULKE
HESSISCHER JUGENDRING

IMPRESSUM

Hefthema: Wer die Wahl hat...
Jugend. Politik. Wahlen.

Herausgeber: Vorstand des
Hessischen Jugendrings
Schiersteiner Straße 31-33
65187 Wiesbaden
Telefon: (06 11) 99 08 30
info@hessischer-jugendring.de
www.hessischer-jugendring.de

Projektreaktion: Klaus Bechtold, Holger Kindler,
David Schulke

Redaktion: Bianka Mohr, Kati Mühlmann,
David Schulke, Manfred Wittmeier

Satz und Layout: Grafikbüro Ehlers+Kaplan, Mainz
www.grafikbuero.com

Fotos: hjr: S.3, 13, 23; dbjr: S. 4 o.;
photocase.com: sör alex Titel, sanwen S. 5, kallejpp S. 6,
Juan B. S. 7, chriskuddl | ZWEISAM S. 9, andrey-fo S. 11,
FOTOliziös S. 12, Mr. Nico S. 15, saimen S. 17, mod_x
S. 19, C/L S. 22; CD Blickwinkel: S. 4, 8, 10, 16, 21, 22;
c.ritter: S. 20

Der Bezugspreis beträgt neun Euro für drei
Ausgaben pro Jahr. Für Mehrfachbezieher ab sechs
Exemplaren einer Ausgabe gilt der Rabatt-
preis von sechs Euro pro Abonnement.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. der
Redaktion wieder. Die Redaktion lädt
zu Kommentaren und Diskussionsbeiträgen
zu den Hefthemen und einzelnen Beiträgen ein.

Meinungsforscher haben aktuell Hochkonjunktur. Wer macht sein Kreuz wo und warum? Was müssen wir machen, damit er oder sie das Kreuz woanders macht? Und vor allem, bleibt es bis zum Herbst beim Kreuz an dieser Stelle? Solche und ähnliche Fragen werden uns bis zum 22. September begleiten, wenn ein neuer Bundestag und neue Landtage in Hessen und Bayern gewählt werden. Unter den Wahlberechtigten sind in Hessen übrigens über 230.000 Jungwählerinnen und -wähler. Und natürlich ist es auch spannend zu wissen, welche politische Position wie ankommt. Aber eigentlich geht es um viel mehr: sich mit politischen Prozessen auseinandersetzen, die eigenen Interessen artikulieren und mit anderen im Gespräch bleiben. Dafür sind Jugendverbände hervorragende Orte. Nicht nur aber eben auch in Wahljahren. Dann sind es zwar besonders viele Gruppen, die sich Gehör verschaffen, die Aufmerksamkeit von politisch Verantwortlichen ist aber auch entsprechend groß.

Bis zum Wahltag finden in den Jugendverbänden viele Veranstaltungen und Aktionen zur Interessenvertretung von jungen Menschen statt. Neben diesem offiziellen Programm bringen Jugendverbände ihre Positionen und Ideen in Gesprächen und Diskussionsrunden mit ein.

Diese Ausgabe der hessischen jugend will dafür eine gute Grundlage sein und nimmt eine jugendpolitische Perspektive auf die Wahlen im Herbst ein. Wir starten mit einem Rückblick auf die letzten Jahre der hessischen Landespolitik aus der Sicht von jungen Menschen. Anschließend stellen wir die Jugendpolitischen Forderungen vor, die die 30 Mitgliedsverbände des hjr entwickelt haben. Die Landtagsfraktionen haben wir mit jugendpolitischen Positionen konfrontiert und um Ideen und Konzepte dazu gebeten. Einige Antworten präsentieren wir in dieser Ausgabe. Die kompletten ausgefüllten Fragebögen finden sich auf unserer Website. Auch auf der Bundesebene wird das Thema „Jugendpolitik“ gerade intensiv diskutiert. Wir werfen einen Blick auf den Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik. Dazu gibt es einen Artikel über die Aktivitäten von rechtsextremen Parteien in Hessen, einen Blick auf das nicht immer leichte Verhältnis von jungen Menschen zur Politik und ein Beispiel eines jugendverbandlichen Projekts zur Landtagswahl.

Neben diesem Schwerpunkt, der ohne Probleme auch doppelt so groß hätte werden können, haben wir die in der letzten Ausgabe vorgestellten Rubriken mit Leben gefüllt. Vielen Dank für das überwiegend positive Feedback auf die „neue“ hessische jugend. Wir freuen uns über weitere Rückmeldungen und wünschen nun viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Euer David Schulke
*Referent für Öffentlichkeitsarbeit
und Grundsatzfragen*



AUF EINEN ESPRESSO

... LISI MAYER, Vorsitzende
des Deutschen Bundesjugendrings



Auf der Facebookseite des DBJR halten derzeit viele Abgeordnete des Bundestags sowie Ministerinnen und Minister grün-blaue Zertifikate mit der Aufschrift STANDpunkt in die Kamera. Was steckt hinter dieser Aktion?

Wir in den Jugendverbänden wissen, dass junge Menschen bei uns ihren Standpunkt im Leben finden, selbst bestimmen, Neues wagen, Freude haben und Verantwortung übernehmen können. Politiker/innen können diese Sicht teilen, sie können sich auf den STANDpunkt stellen, dass starke Verbände für eine starke Jugend wichtig sind. Mit ihrer Unterschrift versprechen sie, dass sie sich für notwendige Rahmenbedingungen, für eine verlässliche finanzielle Förderung unserer Arbeit einsetzen. Das ist notwendig, denn seit Jahren stagniert die öffentliche Förderung des Bundes an die Jugendverbände, die allgemeine und andere Kostensteigerungen werden nicht ausgeglichen. De facto erleben wir also seit Jahren mit Nullrunden schmerzhaft Kürzungen.

Welche Reaktionen habt ihr bisher erlebt?

Viele Mitglieder des Bundestages finden die Aktion gut, sie haben spontan unterschrieben. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe war der Erste. Peter Tauber von der CDU aus Hessen hat nicht nur unterschrieben, er hat auch Unterschriften von Kollegen aus der Fraktion organisiert. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und viele aus seiner Partei machen mit. Claudia Roth, Cem Özdemir und Kathrin Göring-Eckardt von den Grünen sind dabei. Sogar Ministerinnen wie Ilse Aigner und Sabine Leutheuser-Schnarrenberger haben unterschrieben.

Was sind die wichtigsten Ziele der Aktion und welches Potential siehst Du noch?

Uns war und ist wichtig, dass die Jugendverbände die Aktion für sich ganz einfach und unkompliziert nutzen können. Viele sprechen einfach Politiker/innen an, die sie kennen oder treffen. Die Aktion schafft also Verbindungen, weckt bei Politiker/innen auch gute Erinnerungen an ihre Jugendverbandszeit. Das ist eine solide Basis für politische Gespräche, wenn es künftig um verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Arbeit geht.

Weitere Infos zur Aktion „STANDpunkt“ des DBJR unter dbjr.de/stand



QUARTALSZAHLEN





„Kinder und Jugendliche in Deutschland fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.“ Mit dieser Schlussfolgerung hat das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zum politischen Engagement von Jugendlichen vorgestellt.

63% der 830 befragten 10- bis 17-jährigen stimmten der Aussage zu, dass sich Politikerinnen und Politiker der Bundesregierung zu wenig daran denken, was Leute im Alter der Jugendlichen interessiert. Und nur 15% hatten ein echtes Interesse von Kommunalpolitiker/innen für die Belange junger Menschen ausgemacht. Ob diese Zahlen ausreichen, um eine Schlussfolgerung wie oben zu ziehen, sei dahingestellt. Einige Ergebnisse der Befragung sind sicher auch für Jugendverbände interessant, zumal sich um das Engagement junger Menschen und ihr politisches Interesse so mancher Mythos rankt. Auf der Seite des DKHW findet sich eine Präsentation zu den zentralen Ergebnissen der Befragung. In diesem Heft beschäftigt sich der Artikel von Peter Martin Thomas auf Seite 22 mit dem Thema „Junge Menschen und Politik“.



Link zur Studie: www.dkhw.de/cms/images/downloads/Ergebnisse_politisches_Engagement_von_Jugendlichen.pdf

Vorhandene Möglichkeiten für politisches Engagement von Kindern und Jugendlichen

		 n = 422	 n = 408	10-11 n = 209	12-13 n = 208	14-15 n = 208	16-17 n = 205
ja, es gibt mehr als genug Möglichkeiten	11	10	11	6	11	9	17
ja, aber es gibt nicht ausreichend Möglichkeiten	22	21	22	14	25	24	24
nein, es gibt eindeutig zu wenig Möglichkeiten	24	22	26	22	26	26	21
weiß nicht	44	47	40	58	38	40	38

Quelle: Studie dkhw, n = 830 Kinder im Alter von 10 bis 17 Jahren; Angaben in %

Wichtigkeit der Möglichkeit mitzubestimmen vor Ort

	sehr wichtig	eher wichtig	 n = 422	 n = 408	10-11 n = 209	12-13 n = 208	14-15 n = 208	16-17 n = 205
Freizeitgestaltung	23	43	64	68	58	70	72	63
Sachen, die die Schule betreffen	22	36	56	61	57	60	63	55
Umweltschutz/ Umweltpolitik	20	37	51	62	57	54	60	55
Stadtteilplanung/ Stadtgestaltung	20	33	58	48	53	54	58	48
Sachen, die den Verkehr betreffen	13	34	45	49	41	48	49	48

Quelle: Studie dkhw, n = 830 Kinder im Alter von 10 bis 17 Jahren; Angaben in %



Schickt uns Euren Augenblick!

Auch einen AUGENBLICK in der Jugendverbandsarbeit erlebt und festgehalten? Dann schickt uns euer Foto mit kurzem erklärenden Text an info@hessischer-jugendring.de. Wir werden es in einer der nächsten Ausgaben unter dieser Rubrik veröffentlichen.

QUERGELESEN



Zerstörerische Vorgänge

Im Sammelband „Zerstörerische Vorgänge“ von Wilhelm Heitmeyer (Uni Bielefeld) und Sabine Andresen (Goethe Uni Frankfurt) thematisieren Expertinnen und Experten aus der Jugend- und Sozialforschung sowie Akteure aus der Jugendhilfe körperliche und psychologische Gewalttaten in Bildungseinrichtungen und sozialen Institutionen.

Das Buch macht auf zerstörerische Vorgänge und die historische Kontextualisierung von Missachtung und Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen aufmerksam. Dazu kommen auch die Betroffenen zu Wort. Diskutiert wird die Anfälligkeit von Erziehungskonzepten und Institutionen, um schließlich die Möglichkeiten durch systematische Intervention gegen Missbrauch aufzuzeigen. Die Publikation unterstützt die Sensibilisierung für gefährdende Vorgänge und den Blick auf Einrichtungen der Bildung und Erziehung, die auch die Jugend(verbands)arbeit beschäftigen. Das Buch stellt ein Reflexionsan-

gebot für zukünftig noch fittere Jugendleiter/innen und Mitarbeiter/innen auch in den Jugendverbänden zur Verfügung. Die Texte unterstützen das konzeptionelle Denken zu Fragen: Wie kann der Verein eine Lotsenstelle zum Kindeswohl qualifizieren, welche Aspekte sind für die Juleica-Fortbildung wichtig und was gehört zur Fortbildung von Hauptamtlichen? Dazu geben die Beiträge gute Hinweise, die klar Stellung beziehen, wo das Kindeswohl gefährdet wird und wie Präventions- und Schutzkonzepte angelehnt an die Jugendarbeit passgenau aussehen können.

Sabine Andresen, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Zerstörerische Vorgänge. Missachtung und sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Institutionen. Beltz Juventa Verlag. 24,95 EUR



MITGESCHNITTEN



„Greift zum äußersten Mittel: Redet miteinander!“

Im September werden durch die Landtagswahlen die Weichen neu gestellt – auch die jugendpolitischen. Im Wahljahr sind viele Politikerinnen und Politiker besonders offen für den Austausch und suchen das Gespräch mit Bürger/innen und Vereinen.

Das sollten auch Jugendverbände und Jugendringe nutzen. Damit es den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in den Jugendverbänden möglichst leicht fällt, das Gespräch mit der Politik zu suchen, hat der Hessische Jugendring zur Landtagswahl 2013 Methoden zusammengestellt, die dabei helfen können. Mit der toolbox „Landtagswahl“ wollen wir euch dabei unterstützen, in eurem Landkreis, eurer Gemeinde, eurer Stadt die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten.

Die drei ausgewählten Methoden können dabei helfen, diesen Austausch auf die Beine zu stellen. Dabei haben wir Methoden gewählt, die mit wenig („Jugendpolitik-Check“), mittlerem („Gruppenraum-Gespräch“) oder hohem Aufwand („Parcours“) zu bewerkstelligen sind.

Die toolbox „Landtagswahl“ gibt's als Download oder zu bestellen beim Hessischen Jugendring:

www.hessischer-jugendring.de/ltw

Auch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung hat viele Materialien rund um die Landtagswahl in Hessen im Angebot. Dazu gehören unter anderem Plakate zu Landtags- und Bundestagswahlen, ein Infoflyer und das Schülertaschenbuch „Politik durchschauen“. Alle Materialien können über die Website der Landeszentrale kostenfrei bestellt werden.

www.hlz.hessen.de



KATI MÜHLMANNReferentin für politische Bildung
Hessischer Jugendring

Wählen mit 16! Im Interesse der Jugend und der Demokratie.

Wer sich mit der politischen Beteiligung junger Menschen intensiv auseinandersetzt, kennt die Debatte um das Wahlalter nur allzu gut... und er oder sie kennt die gängigen Argumente gegen eine Absenkung des Wahlalters, die selbst einige unter 18-Jährige wie einen kleinen Schutzschild vor sich hertragen. Wer z.B. Onlinepetitionen wie die des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2012 beobachtet, findet in den Kommentaren so einiges, was angeblich gegen das Wählen ab 14 oder 16 Jahren spreche.

Jugendliche unter 18 Jahren seien viel zu einfach zu manipulieren, ein paar hohle Versprechungen und ein kostenloser Videoclip zum Download, und ihre Entscheidung sei gefallen. Sie hätten noch kein Recht mitzudiskutieren, da sie ja auch noch nichts zum Sozialstaat beitragen. Erst einmal sollen junge Menschen selbst für sich sorgen können, bevor sie wählen dürfen. Den meisten Jugendlichen fehle außerdem sowieso das Interesse, besonders bei Themen,

die sie überhaupt nicht tangieren. Bevor man das Wahlalter senkt, sollte man lieber das Jugendstrafrecht zeitlich eingrenzen: Wählen gehen, aber bei Straftaten nicht „erwachsen“ genug sein wollen – das geht nicht! Entweder man riskiert einen hippen Gangsterrapper als Bundeskanzler oder aber einen enormen Aufschwung radikaler Parteien im jüngsten Wählerspektrum, oder beides.

Das könnte man jetzt weiter fortsetzen, und man könnte es natürlich diplomatischer formulieren. Aber wer in die Diskussionsforen im Internet schaut, findet eben genau solche Beiträge.

Doch fragen wir lieber: Was spricht denn dafür, Jugendlichen schon mit 16 oder auch 14 Jahren das Wahlrecht zuzusprechen?

Zunächst einmal handelt es sich beim Wahlrecht um ein Grundrecht, nicht um eine Pflicht. Das ist wichtig und lässt einige der oben aufgeführten Argumente sehr fadenscheinig wirken. In jeder Altersgruppe gibt es (leider) einen gro-

ßen Anteil an Nichtwählern, die aus sehr verschiedenen Gründen von ihrem Recht zu wählen keinen Gebrauch machen. Das Wahlrecht ist ein Grundrecht aller Mitglieder einer Gesellschaft, d.h. man muss es nicht erst erwerben. Das Wahlrecht ist als Grundrecht auch nicht an irgendwelche Auflagen gebunden wie z.B. einen bestimmten Bildungsabschluss oder bestimmte geistige Fähigkeiten. Und dass demokratische Wahlen ein politischer Wettkampf um Wählerstimmen sind, und dass sich Wählerstimmen beeinflussen lassen – durch Kampagnen, Wahlversprechen, Parolen, Bilder und Wörter, das ist eine altersunabhängige Tatsache. Auf die Stichworte „Radikalität“ und „Manipulierbarkeit“ lässt sich mit den Stichworten „Aufklärung“ und „politische Bildung“ antworten, auch hier mit dem Hinweis, dass beides nicht in einer bestimmten Altersgruppe zuzuordnen ist sondern vielmehr von der Milieuzugehörigkeit und dem Bildungsniveau beeinflusst wird.

Freie Wahlen sind das Fundament unserer Demokratie. Die Jugend wiederum ist ein bedeutsamer Teil unserer demokratischen Gesellschaft – nicht erst morgen. Warum sollte das Wahlrecht Kinder und Jugendliche ausschließen, wenn doch auch sie zum Souverän dazugehören? Politik richtet sich nicht immer, aber immer wieder nach dem so genannten Wählerwillen. Da erscheint es plausibel, dass nicht vorhandene Wählerstimmen für eine angemessene Berücksichtigung jugendlicher Interessen und Ideen durch die Politik nicht besonders förderlich sind.

Dabei zeigen Erfahrungen aus anderen Bundesländern, in denen das Wahlalter bereits gesenkt wurde, eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung bei Erst- und Jungwähler/innen.

Tatsächlich haben viele Jugendliche großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Wer junge Menschen für die Demokratie begeistern, sie in Teilhabe und Verantwortung stärken möchte, sollte auf ihre Stimme hören. Damit Hand in Hand gehen muss eine verständlichere, transparente Darstellung und Diskussion politischer Themen, die Kinder und Jugendliche ansprechen, die sie nachvollziehen und bewerten können. Eine Öffnung der Wahlkabinen für unter 18-Jährige wäre ein deutliches Signal an sie, dass sie ernst genommen werden. Was spräche denn dagegen?

In jeder Altersgruppe gibt es (leider) einen großen Anteil an Nichtwählern, die aus sehr verschiedenen Gründen von ihrem Recht zu wählen keinen Gebrauch machen.

: Jugendpolitik in Hessen

Jugendpolitik gibt es auf allen politischen Ebenen und mit unterschiedlichen föderalen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dabei gibt es auf Länderebene im Rahmen der Sozial- und Bildungspolitik und neben der Kinder- und Familienpolitik erhebliche Gestaltungsspielräume für eine eigenständige und akzentuierte Jugendpolitik bzw. Jugendhilfepolitik.

Anstehende Landtagswahlen sind immer Gelegenheit zurück zu blicken und zu bilanzieren, vor allem aber nach vorne zu blicken und nächste Vorhaben zu formulieren. So soll zunächst mit einem Blick zurück kurz mit einigen ausgewählten Hinweisen skizziert werden, wie sich die Jugendpolitik in Hessen bzw. die hessische Jugendpolitik in den letzten Jahren entwickelt hat; dann soll mit einem Blick nach vorn angedeutet werden, wie eine zukünftige Jugendpolitik aussehen könnte. Im Mittelpunkt steht das Land als Akteur, aber auch die Jugendpolitik von Trägern wird einbezogen.

Bilanz - ein Blick zurück

Eine Bilanz der hessischen Jugendpolitik in den letzten Jahren fällt (notwendigerweise mit Blick auf ausgewählte Aspekte) differenziert und widersprüchlich aus. So gibt es einerseits zahlreiche Instrumente und Regelungen, die in Hessen mit einer längeren Tradition verbunden sind und sich bewährt haben; andererseits richtet sich der Blick auf jugendpolitische Herausforderungen, die bisher kaum beachtet wurden.

Positiv und als Erfolge hervorzuheben sind vor allem Akzente, die sich auf die Anerkennungs-, Förderungs-, Freistellungs- und Qualifizierungspolitik beziehen (siehe Kasten).

Dies sind wichtige Instrumente, mit denen die Finanzierung und Professionalisierung von Trägern, die Freistellung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen geregelt ist. In Hessen hat sich über einen längeren Zeitraum eine recht gute Infrastruktur und Professionalität in der Außer-schulischen Jugendbildung entwickelt. So gab es im Jahr 2011 bei einem Fördervolumen von 6.613.761 Euro bei den Trägern insgesamt etwa 148 hauptamtliche Jugendbildungsreferent/innen. Die Juleica haben in Hessen seit Einführung des Online-Antragsverfahrens im Jahr 2009 bis Februar 2013 insgesamt 6.424 Jugendliche und junge Erwachsene erworben.

Dann ist auf die befristeten (und evaluierten) Aktionsprogramme aus den Mitteln der Außer-schulischen Jugendbildung hinzuweisen, die in den letzten Jahren realisiert

ERFOLGE:

- ▶ die „Außerschulische Jugendbildung“ wie sie im HKJGB (vormals Jugendbildungsförderungsgesetz) geregelt ist,
- ▶ die Freistellung für fünf Tage politische Bildung im Rahmen des HBUG (bei Lohnfortzahlung),
- ▶ der Rechtsanspruch (nach HKJGB) auf zwölf Tage bezahlte Freistellung für ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit,
- ▶ die Ausbildung von Jugendleitern/-innen (Erwerb der Juleica),
- ▶ Sichtbarmachung von im ehrenamtlichen Engagement erworbenen Kompetenzen (Kompetenznachweis Ehrenamt und Beiblatt zum Zeugnis),
- ▶ die Unterstützung der Internationalen Jugendarbeit durch eine jährliche stattfindende Infomesse „Hessen total International“,
- ▶ die Unterstützung landesweiter Qualifizierungsangebote im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendpolitik,
- ▶ die Förderung der eigenständigen Jugendverbandsarbeit in weitgehender Selbstverwaltung,
- ▶ die investive Förderung der landeszentralen Jugendbildungsstätten.



wurden und jugendpolitisch bedeutsame Dauerthemen aufgenommen sowie Anregungen für die Jugendarbeit bzw. Jugendbildung geliefert haben:

1. Aktionsprogramm „Partizipation“ (2000–2002/Fördervolumen 700.000 Euro)
2. Aktionsprogramm „Partizipation und interkulturelle politische Bildung“ (2003 – 2005/Fördervolumen 600.000 Euro)
3. Aktionsprogramm „Partizipation und Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule“ (2007–2009/Fördervolumen 1,0 Mio. Euro)
4. Aktionsprogramm „Stärkung der Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (2012–2014/Fördervolumen 1,1 Mio. Euro).

Mit den vier Programmen wurden und werden vielfältige, innovative Modelle der Beteiligung erprobt und die Partizipationslandschaft in Hessen bereichert. Gleichzeitig sind weitere Impulse zu einer wirkungsvollen Verstetigung und hin zu einer alltäglichen und vitalen Partizipation notwendig.

Diese Instrumente der Jugendpolitik ermöglichten bei den freien und öffentlichen Trägern

- ▶ ein breites und vielfältiges Angebot in der Jugend- und Bildungsarbeit,
- ▶ die Teilnahme an zahlreichen innovativen Projekten,
- ▶ spezifische Akzentsetzungen und die Aufnahme von neuen Themen und Herausforderungen, Debatten und Aktivitäten.

Weitere jugendpolitische Aktivitäten gab es beispielsweise im Jahr 2009 mit dem Bericht „Bedeutung und Akzeptanz der Juleica in Hessen“ und im Jahr 2010 mit dem Bericht „Kinder- und Jugendarbeit in Hessen im Zahlenspiel“. Auswertungen und Analysen auf der Basis der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik“.



„Hier hat Jugendpolitik die Aufgabe, den Jugendlichen ... Räume und Zeiten zur Verfügung zu stellen sowie Beziehungen zu ermöglichen, in denen sie mit ihren Bedürfnissen und Interessen, ohne Kontrolle und Leistungsdruck unter sich sein können.“

Erweiterter Blick

Gleichzeitig kommt man mit Blick auf die jugendpolitischen Herausforderungen vor dem Hintergrund von veränderten Bedingungen des Aufwachsens, gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Folgen für die junge Generation – Desintegrationstendenzen, Spaltungen der Gesellschaft, Demokratiegefährdungen, Prekarisierung der Übergänge in Arbeit, Verdichtung und Ökonomisierung von Bildung und des Sozialen u.a. – zu dem Ergebnis, dass in weit stärkerem Ausmaß als geschehen, öffentlich-einmischende Debatten, Bewegung und innovative Instrumente notwendig erscheinen. Auf eine jugendpolitische Auseinandersetzung ist hinzuweisen: Seit ca. 2 Jahren existiert eine landesweit tätige Arbeitsgruppe zur Umsetzung der „EU-Strategie 2000–2018“ unter Federführung des Hessischen Sozialministeriums – ein abschließendes Ergebnis liegt bisher nicht vor.

Insgesamt bedarf es stärkerer Dynamik und neuer – d.h. dauerhafter und nachhaltiger – Instrumente in der Jugendpolitik, die für die Entwicklung der Potentiale der Jugendarbeit bzw. Jugendbildung und die weitere Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens bedeutsam sind. Dabei geht es bei politisch-hoheitlicher Gesamtverantwortung immer um das Zusammenspiel bzw. Mischungsverhältnis der vier Sektoren „Staat, Markt, Zivilgesellschaft und Gemeinschaften“ (vgl. 14. Kinder- und Jugendbericht 2013). Solche Instrumente hätten sich u.a. zu beziehen auf

- ▶ ein Landesprogramm in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen in der jungen Generation (wie es für Teilbereiche vom „beratungsNetzwerk hessen“ angeboten wird),
- ▶ die Mediatisierung der Lebenswelten und die Qualifizierung im Umgang mit der „Macht“ der Welt (den Räumen) der neuen Medien mit den zugehörigen sozialen Netzwerken,
- ▶ die zivilgesellschaftliche und verbandliche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – vor dem Hintergrund des Aufwachsens in der Einwanderungsgesellschaft (1).

Jugendpolitik im „engen“ und im „weiteren“ Sinne

Wiederholt ist die Differenzierung von Jugendpolitik als Ressortpolitik und/oder Querschnittspolitik ein Angebot in der fachlichen Diskussion; d.h. die Unterscheidung nach einem eher engen Verständnis von Jugendpolitik, wie sie sich ressortpolitisch auf das SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) und die zugehörigen Ausführungsgesetze bezieht und einem weiten Verständnis. Letztere meint eine eigenständige Jugendpolitik für die „Lebenslage Jugend“, die sich – so vom Bundesjugendkuratorium (BJK), im Rahmen der „EU-Jugendstrategie 2010–2018“ oder z.B. auch im Eckpunktepapier „Eine Allianz für Jugend“ des BMFSFJ vom Mai 2011 formuliert – „an alle Jugendlichen, die Phase der Jugend in ihrer ganzen Vielfalt individueller Lebenswelten, Bedürfnisse und Fähigkeiten richtet“ und die „sich als gesellschaftlich relevante Zukunftspolitik“ versteht (2).

Eine solche Jugendpolitik bezieht sich auch – aber nicht primär – auf so genannte Risikogruppen, besondere Pro-

b ü r g e r



Die demokratischen Potentiale der jungen Generation sind nur abrufbar, wenn sie mit unterschiedlichen Formen an der Gestaltung ihrer Lebenswelten aktiv, wirkungsvoll und „echt“ beteiligt sind.

blemlagen und Krisenentwicklungen unter Jugendlichen (z.B. Gewalt, Rechtsextremismus, Kriminalität, Sucht, Integrations-/Schulprobleme, unterschiedliche Formen von Benachteiligung), sondern auf „alle Jugendlichen“ mit ihren Entwicklungsaufgaben, Übergängen und ihren vielfältigen Formen der Autonomieentwicklung und Emanzipation. Damit geht es nur nicht um eine (wichtige und notwendige) reaktive Krisen- und Problempolitik, sondern auch um eine jugendbezogene, partizipative und dialogische Zukunftspolitik (mit Blick auf Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Gesundheit, Verkehr u.a.) als öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen. Diese soll möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene erreichen, und sie wird als Befähigungs- und Teilhabepolitik verstanden, die „junge Menschen teilhaben lässt und ihre Potentiale fördert und ausbaut“ (Eckpunktepapier).

Zukunft – ein Blick nach vorn

Neben der Fortschreibung bewährter gesetzlicher Regelungen und Instrumente (wie z.B. für den Bereich der „Außerschulischen Jugendbildung“) sind – neben vielen anderen, wie sie in den Jugendpolitischen Forderungen des HJR dargelegt sind – m. E. vor allem die folgenden sechs Akzente für eine Entwicklung hin zu einer Querschnittspolitik von Bedeutung:

1. Räume, Zeiten und Beziehungen: Die lange(n), heterogene(n) und differenzierte(n) Jugendphase(n) sind als Entwicklungs-, Gesellungs- und Bildungszeiten in vielfältigen Ausprägungen und Formen zu verstehen. Hier hat Jugendpolitik die Aufgabe, den Jugendlichen in der Freizeit und der Jugendarbeit spezifische Räume und Zeiten zur Verfügung zu stellen sowie Beziehungen zu ermöglichen,

in denen sie mit ihren Bedürfnissen und Interessen, ohne Kontrolle und Leistungsdruck unter sich sein können; in denen sie – pädagogisch begleitet, unterstützt und angeregt – Erfahrungen machen, experimentieren und sich kreativ austesten können. Hier können sie wichtige und prägende Beziehungserfahrungen, informelle und non-formale soziale, kulturelle und politische Lern- und Bildungserfahrungen machen, die sonst (in der Familie und Schule, im Kommerz und Konsum) nicht möglich sind. Solche eigenen Räume und Zeiten, Peer- und pädagogisch-professionellen Beziehungen sind Voraussetzungen für eine gelingende, fördernde und Spaß machende Jugendarbeit und -bildung. Sie folgen einer eigenen Logik und eigenen Kriterien (vor allem Sinn, Gemeinschaft, Anerkennung, Spaß) und sind von den Jugendlichen selbst abhängig.

2. Nachhaltige Beteiligung: Die demokratischen Potentiale der jungen Generation sind nur abrufbar, wenn sie mit unterschiedlichen Formen an der Gestaltung ihrer Lebenswelten aktiv, wirkungsvoll und „echt“ beteiligt sind. Dabei geht es nicht um vereinzelte Angebote und befristete „Maßnahmen“, sondern ein strukturelles Prinzip, das für die Lebenswelten der Jugendlichen und alle Bereiche und Träger im Feld der Jugendpolitik gleichermaßen gilt. Die in der Jugendarbeit/Jugendbildung erfahrene und gelebte Partizipation und Beteiligung ist biografisch und demokratiepolitisch von erheblicher Bedeutung.

3. Jugendberichterstattung: Eine seriöse und nachhaltige Jugendpolitik ist immer auch auf empirische Befunde und wissenschaftliches (evaluatives) Wissen angewiesen. Hier kann eine regelmäßige Jugendberichterstattung (einmal in der Legislaturperiode) zur Lage der Jugend (Gesamtbericht), zu besonderen thematischen Schwerpunkten und



Die Absenkung des Wahlalters auf kommunaler und Landesebene auf 16 Jahre wäre ein wichtiges Signal an die junge Generation.

bestimmten Entwicklungen innerhalb der jungen Generation oder auch zu Wirkungen (Wirksamkeit) und Effekten der Jugendpolitik ein wichtiges Instrument für jugendpolitische Planungen, Entscheidungen und Aktivitäten sein. Eine regulatorische Politik muss sich immer auch auf Ergebnisse und Erkenntnisse empirischer Studien beziehen, wenn sie sich mit ihren Instrumenten Ziele setzt und diese erreichen will (3).

4. Kooperationsverbünde: Jugendpolitik muss die fachliche Kooperation und Vernetzung mit anderen Lebensbereichen, Institutionen und Professionen fördern, die mit Jugend bildend, beratend und helfend „befasst“ sind. Das gilt u.a. für Schule, die anderen Felder der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Ausbildung; aber auch den Markt mit seinen Akteuren (Unternehmen, Stiftungen). Vorhandene Strukturen und Entwicklungen wären mit ihren jugendpolitisch-fachlichen Diskursen in Arbeitskreisen und runden Tischen, in der Sozialraum-/Jugendhilfeplanung, bei Vernetzungstreffen zu verstetigen und abzusichern. Dabei ist die Herausforderung, dass unterschiedliche Handlungslogiken der Kooperationspartner und Akteure zum Wohle der jungen Generation zusammenwirken.

5. Wahlalter: Die Absenkung des Wahlalters auf kommunaler und Landesebene auf 16 Jahre wäre ein wichtiges Signal an die junge Generation – hier könnte Hessen dann nach Bremen, Hamburg und Brandenburg das vierte Bundesland mit einer Landesregelung sein. Das Wahlalter ist eine wichtige demokratiepolitische „Einladung“ und ein Indikator, wie politisch ernst die junge Generation genommen wird; weil es bei Wahlen immer auch um Weichenstellungen über ihre Zukunft geht, die sie mit beeinflussen können.

6. Akteursverständnis: Schließlich sind das Selbstverständnis und die Rolle der Beteiligten entscheidend für die Entwicklungsrichtung von Jugendpolitik. Mit Blick auf ein weites Verständnis hätte sich die Rolle des Ministeriums als „Anwalt der Jugend“ in der Politik gegenüber allen Ressorts der Landesregierung zu verstehen; dann wäre die Jugendpolitik des hjr (wie auch der KJR und SJR) die des Interessenvertreters und „Anwaltes der Jugend“, der als politisch-zivilgesellschaftlicher Akteur öffentliche Aufmerksamkeit herstellt und im kritischen Diskurs mit der Politik steht.

Drei Vorschläge

Die Entwicklung von Jugendpolitik ist immer auch eine Frage des politischen Willens, der Ressourcen und der nächsten operativen Schritte. Dabei kommt dem Land die Steuerungsfunktion zu und hier könnten für Hessen drei Hinweise – will es ein innovatives Land im Feld der Jugendpolitik sein bzw. werden – für die nächste Legislaturperiode interessant sein:

Erstens: Eine neue öffentliche Beachtung von Jugend mit all ihren Veränderungen sowie eine Aufwertung und Akzentuierung der Bedeutung von Jugendpolitik; sowohl in ihrem engeren als auch in einem zu entwickelnden weiteren Verständnis. Jugend und ihre Politik braucht eine neue öffentliche Aufmerksamkeit und den Diskurs aller Beteiligten.

Zweitens: Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Politik, Trägern und Wissenschaft (im Sinne eines „Landesjugendkuratoriums“) zur Entwicklung der weiteren Jugendpolitik (hier wären die skizzierten Themen aufzunehmen).

Drittens: Die Entwicklung von Rahmenbedingungen und Ressourcen – Regelungen, Finanzierung, Ausstattung – in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Trägern aushandeln und sichern. Dabei geht es nicht nur um den Status quo, sondern für eine „gute und nachhaltige Jugendpolitik“ müssen auch weitere Gestaltungsaufgaben, Expansion und Ausdifferenzierung in den Blick genommen werden. Dabei gilt, was Klaus Schäfer (4) folgendermaßen formuliert hat: „So, wie die Kinder- und Jugendarbeit gegenüber Kindern und Jugendlichen verlässlich sein muss, so muss auch die Politik verlässlich gegenüber der Kinder- und Jugendarbeit sein“.

Anmerkungen

(1) Wobei immer auch auf mögliche Überfrachtungen und Instrumentalisierungen sowie auf die Grenzen dieses Politikbereiches und von Trägern der Jugendarbeit/-bildung hingewiesen werden muss.

(2) Hier geben auch die „Jugendpolitischen Forderungen des Hessischen Jugendrings für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2014-2019“ zahlreiche Anstöße. Sie sind mit vielen Themen ein Plädoyer für eine moderne und eigenständige Jugendpolitik.

(3) Hier gibt es auf Bundesebene eine lange Tradition, vgl. aktuell den „14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“, BMFSFJ, Berlin 2013.

Die Schrift „Transmission 07“, mit dem Titel „Besser entscheiden – wie Erkenntnisse über menschliches Verhalten das Regierungshandeln effizienter machen“, reflektiert die Wirkungen von staatlichen Instrumenten und Interventionen. Sie wurde 2013 herausgegeben von der Vodafone Stiftung Deutschland, Düsseldorf.

(4) In: DJI-Impulse mit dem Titel „Kinder- und Jugendhilfe im Wandel“, Heft 1/2013, München, S. 15.

PROF. DR. BENNO HAFENEGER

ist Professor für Außerschulische Jugendbildung am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

benno.hafeneger@uni-marburg.de

: Gerade jetzt – einmischen und Mitreden

Jugendpolitische Forderungen
im Landtagswahlkampf



Mit dem (politischen) Einmischen von Kindern und Jugendlichen ist das so eine Sache. Nur wenige Menschen werden schon in jungen Jahren in Parteien oder deren Jugendorganisationen aktiv. Es fehlt ein Wahlrecht für Unter-18-Jährige und für viele junge Erwachsene mit Migrationshintergrund. Andere Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung fristen seit Jahrzehnten ihr Nischen- und Schattendasein und auch das Web 2.0 ist alles andere als eine Patentlösung.

Die Jugendverbände und der hjr können jedoch auf eine lange Erfolgsgeschichte der Partizipation zurückblicken. Sie sind beinahe die einzigen, die Kindern und Jugendlichen kontinuierliche und direkte Gestaltungsmöglichkeiten geben und gleichzeitig Gelegenheiten schaffen, ihren Willen in den politischen Raum zu transportieren. Selbstorganisation und Interessensvertretung sind schon immer Grundpfeiler der Jugendverbandsarbeit. Dahinter steckt ein Menschen- und Gesellschaftsbild, in dem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ermächtigt werden, sich in eine demokratische und soziale Gesellschaft einzubringen und diese mitzugestalten.

Deswegen beobachten der hjr und seine Jugendverbände die politischen Prozesse ganz genau. Insbesondere wenn es um die Anliegen der jungen Generation und der Jugendarbeit in Hessen geht: Schul- und Bildungspolitik, Kinderarmut, Integration oder Diskriminierung von Jugendlichen, Förderung der Vereine und Verbände, Jugendarbeitslosigkeit oder die natürlichen Ressourcen für die nächste Generation.

Der hjr ist bestrebt, die Positionen zu bündeln und Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben, damit diese nicht allein als Schüler/in, als zukünftige Arbeitnehmer/in oder wahlweise als Problem oder Lösung für die Gesellschaft wahrgenommen werden. Vielmehr haben sie alle individuelle Facetten, Bedürfnisse und selbst gewählte Interessen, die sich nicht erst morgen, sondern schon heute verwirklichen und die Gesellschaft gestalten wollen. Der hjr ist dabei gleichzeitig Anwalt der Jugendarbeit, weil diese ganz

wesentliche Anteile an der Persönlichkeitsentwicklung und an der gesellschaftlichen Integration junger Menschen hat.

Bitte sprechen Sie klar und deutlich

Um die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ernst zu nehmen und auch politisch zu vertreten, ist die Zeit vor und unmittelbar nach Wahlen besonders interessant. Während der innerparteilichen Diskussionen um ein Wahlprogramm, dem Wahlkampf und während der Verhandlungen über eine Regierungskoalition sind Politiker/innen besonders sensibel für die Meinungen von Menschen und Organisationen. Sie verwenden entsprechend viel Zeit für Austausch und politische Diskussionen. So ist auch der „politische Betrieb“ im Landtag vor einer Wahl auf „Wahlkampf“ eingestellt. Das heißt, dass weniger um Gesetzesvorlagen gefeilscht wird und mehr Freiraum für das Zuhören und das Kümmern im Wahlkreis bleibt. Diese Chance und diesen Zeitraum sollten Jugendgruppen nutzen, um ihre Anliegen zu formulieren und an die Kandidat/innen heranzutragen – sei es in persönlichen Gesprächen, in schriftlichen Anfragen, den Besuch oder die eigene Durchführung einer Veranstaltung.

Oft wird der Einwand laut, dass sei zu kompliziert, zu aufwendig oder bringe nichts. Es stimmt, dass die Politik in den Parlamenten und der Umgang mit Berufspolitiker/innen ganz eigene Formen und Spielregeln haben. Aber gerade als Jugendliche und als Jugendgruppe muss man sie weder beherrschen noch unbedingt einhalten. Und wenn es um neue Medien und Kommunikationsformen geht, die



Jugendverbände leisten seit Jahrzehnten einen unersetzlichen Beitrag zur Demokratisierung. Dabei spielen politische Bildung und demokratische Erziehung eine wichtige Rolle.

inzwischen unser Leben bestimmen, haben Jugendliche die Nase vorn und viele Politiker/innen sehen eher alt aus. Es stimmt auch, dass fast alle Gespräche, Mails und Posts mit Politiker/innen nicht sofort das gewünschte Ergebnis haben, vor allem natürlich, wenn sie noch nicht gewählt sind. Das wäre auch schlimm, denn so viele Anfragen und Positionen wie ein/e Politiker/in jeden Tag bekommt, kann sie oder er unmöglich umsetzen. Aber klar ist: Wer etwas erreichen will, muss die eigene Meinung kundtun! Und weil andere das auch machen, um ihre Interessen durchzusetzen, bleibt den Jugendverbänden gar nichts anderes übrig, als sich während der Wahlkampfzeit ebenfalls einzuschalten, wenn die politischen Weichen neu gestellt werden.

Daher fordern wir...

Der hjr bringt die eigenen Positionen in Form seiner Jugendpolitischen Forderungen an die Kandidat/innen, die zukünftig im Parlament Politik gestalten wollen. Hierin wurden Themen zusammengefasst, an denen die Verbände der Kinder und Jugendlichen in den vergangenen Jahren immer wieder politischen Handlungsbedarf erkannt haben.

Die Jugendpolitischen Forderungen rücken – wie soll es anders sein – die Jugendpolitik ins politische Brennglas. Dabei reicht es dem hjr nicht aus, Kinder und Jugendliche immer wieder mitzudenken und sie wahlweise als Problemverursacher oder als Lösungsmöglichkeit von gesellschaftlichen Herausforderungen zu sehen. Diese verkürzte Sichtweise prägt die Haltung der meisten Politiker/innen gegenüber jungen Menschen. Nicht verwunderlich, denn sie prägt auch den öffentlichen Diskurs. Vielmehr nimmt der hjr die Phase des Aufwachsens und Heranwachsens als einen eigenständigen und individuell entscheidenden Lebensabschnitt in den Blick, welcher die entsprechenden Konsequenzen für die Jugendpolitik erfordert. Jugendpolitik braucht des-

wegen einen besonderen Stellenwert, darf weder allein „abgeschoben“ werden in ein Fachministerium noch als Querschnitts-Aufgabe zerrieben werden. Sie darf und muss sich die Freiheit herausnehmen, zu den politischen Themen zu sprechen, welche Kinder und Jugendliche betreffen. Jugendpolitik heißt auch, die Jugendarbeit und ihre Akteure in den Blick zu nehmen als diejenigen, welche den jugendpolitischen Rahmen mit ihrem tagtäglichen Engagement füllen. Der hjr hat dabei in erster Linie die Jugendverbände im Blick und beobachtet besonders kritisch die Hürden, welche die Ausübung der eigenen Praxis behindern.

Beinah permanent ergeben sich Reibungspunkte beispielsweise mit der Schulpolitik, wenn Schule die Zeit von Kindern und Jugendlichen noch stärker in Anspruch nimmt als bisher. Kinder und Jugendliche sind nicht nur Schüler/innen und müssen deswegen auch von der Politik als ganzheitliche Individuen betrachtet werden. Die Ausdehnung von Zeiten an der Schule darf nicht auf Kosten der Jugendarbeit und freier Zeit zur eigenen Gestaltung gehen. Auch aus pädagogischen Gründen darf schulisches Lernen nicht ausgedehnt werden, da Schule viele Erfahrungen und viele Lernformen überhaupt nicht leisten kann.

Freiraum für Freizeit ab 16 Uhr

Auch Schüler/innen von ganztätig arbeitenden Schulen haben ein Recht auf genügend Freiräume für ihre individuelle Freizeitgestaltung. Ganztagsbildung darf daher nicht den „ganzen“ Tag in Anspruch nehmen. Vielmehr muss auch diese Schulform auf die Zeit bis 16 Uhr beschränkt sein, wobei die Hausaufgaben, Lernen und Nachhilfe bereits inbegriffen sein müssen. (Jugendpolitische Forderungen, S.17)

Ein anderes Anliegen des hjr ist die Förderung des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen, das auch von

der Politik viel Lob erfährt. Damit das Lob der Ehrenamtlichkeit kein Teil der politischen Sonntagsreden bleibt, müssen gerade die Bedingungen ehrenamtlich strukturierter Vereine und Verbände in den Blick genommen werden. Die Hochschulreformen des letzten Jahrzehnts haben das Engagement von Studierenden deutlich belastet. Die Folge: Ferienfreizeiten der Jugendverbände, die wesentlich von Studierenden geleitet werden, sind bedroht.

Ferientschutz für Studierende

Wir fordern einen Ferientschutz für Studierende. Um die zahlreichen Freizeitangebote der Jugendverbände weiterhin gewährleisten zu können, müssen Studierenden die dafür notwendigen Freiräume eingeräumt werden. Wir fordern die Vereinbarkeit von Studium und ehrenamtlichem Engagement in der Jugendarbeit ein: Es müssen dringend die nötigen Bedingungen geschaffen werden, die es Studierenden erlauben, ohne Nachteile für ihre Hochschuleistungen als Betreuer/innen an Ferienfreizeiten von Jugendverbänden teilzunehmen. (Jugendpolitische Forderungen, S. 14)

Jugendverbände leisten seit Jahrzehnten einen unersetzlichen Beitrag zur Demokratisierung. Dabei spielen politische Bildung und demokratische Erziehung eine wichtige Rolle. Die alltägliche pädagogische Funktion von Gruppenstunden, Freizeiten und Projekten trägt so zur Demokratiebildung bei. Aber Jugendgruppen und Verbände setzen sich auch ganz explizit mit neofaschistischen Tendenzen auseinander, organisieren Aktionen, bilden sich und festigen sich so gegen antidemokratische Ideologien. Derzeit setzt das Land Hessen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten stark auf Intervention, so dass für diese Arbeit kein eigenes Geld zur Verfügung steht. Ein Präventionsprogramm zur Stärkung der demokratischen Kultur fehlt in Hessen bisher.

Landesprogramm „Demokratische Kultur“.

Das Land Hessen muss ein eigenes Programm zur Präventionsarbeit aufbauen und finanzieren, mit dem Ziel der Stärkung demokratischer Kultur und zur Verhinderung antidemokratischer Einstellungen. Hieraus werden Maßnahmen und Projekte von Organisationen und Initiativen finanziert. (Jugendpolitische Forderungen, Seite 25)

Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller ist ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Jugendverbände mit ihrer Arbeit beteiligen. Besonders für Menschen mit Migrationshintergrund ist dieses Ziel nicht erreicht. Der hjr sieht den größten Nachholbedarf in der Mehrheitsgesellschaft, die Migration als Normalfall begreifen und sich deshalb darauf einstellen muss. Für die Jugendarbeit braucht es die Unterstützung zweier Wege. Zum Einen für neue migrantische Jugendverbände (Migrantenjugendselbstorganisationen):

Regelförderung für Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO).

Migrantenjugendselbstorganisationen bieten Partizipation und non-formale Bildung im aktiven Miteinander gleichgesinnter junger Menschen mit Migrationshintergrund. Die

Entwicklung und Etablierung neuer MJSO ist eine langjährige Aufbauarbeit, die politisch unterstützt werden muss. Unerlässlich für eine nachhaltige Entwicklung ist eine verlässliche finanzielle Förderung der MJSO. (Jugendpolitische Forderungen, S. 23)

Zum Anderen sollten auch die seit langem existierenden Jugendverbände darin unterstützt werden, Interkulturelle Öffnung weiterzuentwickeln und dadurch gesellschaftlich integrativ zu wirken:

Projektförderung und Regelförderung für erfolgreiche Modellprojekte in der Jugendarbeit.

Das Mitmachen im Jugendverband, das ehrenamtliche Engagement und die Übernahme von Verantwortung in der Leitungsebene stärken das Selbstwertgefühl, fördern die sozialen Kompetenzen und das Demokratieverständnis. Innovative Projekte, die die Partizipation und das ehrenamtliche Engagements von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Jugendverbänden und Vereinen bzw. Initiativen fördern, sollten daher unterstützt werden. Erfolgreiche Modellprojekte müssen auch nach Projektlaufzeit finanziell weiter gefördert werden, um die Nachhaltigkeit ihrer Erfolge sicherzustellen.“ (Jugendpolitische Forderungen, S. 23)

Die Jugendpolitischen Forderungen des hjr gelten nicht bis in alle Ewigkeit, reichen aber deutlich über den Tag der Landtagswahl hinaus. Sie stellen die inhaltliche Grundlage dar, auf welcher der hjr innerhalb der kommenden Legislaturperiode für die Jugendarbeit in Hessen an Abgeordnete, Fraktionen, Regierung und Ministerien herantritt. Mit diesen Positionen kann der hjr die Interessen von Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber der Politik vertreten und dabei auf den Rückhalt ihrer Jugendverbände bauen. Deswegen stellen sie auch für den demokratischen Prozess innerhalb des hjr eine wichtige Basis dar.



HOLGER KINDLER

ist stellvertretender Vorsitzender des Hessischen Jugendrings. kindler@hessischer-jugendring.de

: Hessen wird endlich Kinderrechte-Land!

Wer gewählt werden will, muss seine Positionen klarmachen. Deshalb sind die hessischen Parteien fleißig damit beschäftigt, ihre Wahlprogramme zu entwickeln und in die Öffentlichkeit zu tragen. Natürlich interessiert sich der Hessische Jugendring mit dem Blick auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Hessen auch für diese Programme der Parteien. Da aber immer wieder wichtige jugendpolitische Themen in den Programmen fehlen, haben wir direkt nachgefragt bei den Parteien. Und wir haben Antworten bekommen.

Das spektakulärste Ergebnis unserer

Fragen: Die Kinderrechte könnten bald in die Hessische Verfassung aufgenommen werden. In ihren Antworten erklärten uns CDU, FDP, GRÜNE, die LINKE und SPD, dass sie einer Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung zustimmen. Natürlich muss eine solche Änderung durch einen Volksentscheid angenommen werden – die nötige Mehrheit des Landtags scheint aber schonmal sicher zu sein. Wir dürfen gespannt sein, welche Partei das Thema wichtig genug findet um hier die Initiative zu ergreifen. Die SPD beschreibt das Thema so:

„Wir wollen die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Hessen in Hinblick auf besonderen Schutz, bestmögliche Entwicklung sowie altersgerechte Formen der Beteiligung vorantreiben und ihre eigenständige Verankerung in der hessischen Verfassung prüfen.“ **SPD Hessen**

Die Arbeit der Jugendverbände

Alle Parteien loben die vor allem ehrenamtlich geleistete Arbeit der Jugendverbände in Hessen. In der Wertschätzung sind sich alle Parteien einig. Die Positionen zur Finanzierung der Jugendverbandsarbeit durch Lot-

to-Überschüsse in Hessen fallen dagegen unterschiedlich aus. Während alle Parteien den Bedarf einer verlässlichen Finanzierung der überwiegend ehrenamtlich getragenen Jugendverbände sehen, besteht über den Weg dorthin bisher kein Konsens. Während Die LINKE und die SPD eine Mindestförderung vorschlagen um Finanzierungsschwankungen zu vermeiden, sind FDP, GRÜNE und CDU bisher nicht überzeugt von diesem Weg. Die GRÜNEN setzen auf eine Steigerung der Einnahmen der Lottogesellschaft, während die FDP und CDU die Diskussion um eine Mindestförderung noch intensiver im Landtag beraten möchten. Das große Problem, das aus den sinkenden Überschüssen entsteht, scheint aber anerkannt:

„Da die Jugendarbeit von hoher Bedeutung für die gesamte Gesellschaft ist, setzen wir uns dafür ein, eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit sicherzustellen. Die rückläufigen Einnahmen aus dem Glücksspielbereich stellen viele Verbände vor besondere Herausforderungen.“ **CDU Hessen**

Für eine Erhöhung der Finanzierung zur Deckung der tatsächlichen Bedarfe spricht sich derzeit keine der Parteien aus.

Schule, Hochschule und Ehrenamt

Aus Sicht des hjr haben die Hochschul- und Schulreformen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement junger Menschen auch negativ beeinflusst. Sowohl die Ganztagschule als auch die Einführung von G8 und die Bachelor-/Master-Studiengänge an den Hochschulen beeinflussen zum Teil erheblich die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Diese Einschätzung wird nicht von allen Parteien in ihrer Brisanz geteilt. Für die CDU ist das Recht von Studierenden auf ehrenamtliches Engagement wichtig, es könne kann aber nicht durch staatliche Regulierung abgesichert werden. Die Eigenständigkeit der Hochschulen stehe einer Regelung auf Landesebene im Wege. Die FDP sieht den Bedarf, die Vorteile von studentischem Ehrenamt bei Firmen und Student/innen bekannter zu machen. Ein konkretes Instrument zum Schutz von studentischem Ehrenamt ist bei beiden Parteien aber noch nicht erkennbar. GRÜNE und Die LINKE gehen in ihren Vorschlägen deutlich weiter: Um eigene Freizeitgestaltung und damit auch Ehrenamt abzusichern, schlagen die GRÜNEN eine freiere und flexiblere Gestaltung der Studiengänge vor. SPD, GRÜNE



Alle Parteien loben die vor allem ehrenamtlich geleistete Arbeit der Jugendverbände in Hessen.

und Die LINKE fordern die Verringerung des Prüfungsdrucks bzw. die Reduzierung der Prüfungsdichte. Die Parteien sprechen sich für die Möglichkeit des Teilzeitstudiums in den Bachelor-Studiengängen aus. Die LINKE beschreibt den Druck auf junge Menschen während des Studiums:

„Der hohe Leistungsdruck und die immer kürzer werdende Zeit, in der schulische und hochschulische Bildung vermittelt werden soll, stellen viel junge Menschen vor das Problem, keine Zeit mehr für eigene Freizeitgestaltung zu finden. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden durch unnötig geschürten Leistungsdruck verhindert.“ **Die LINKE Hessen**

Für den schulischen Bereich sehen alle Parteien Verbesserungen für das Ehrenamt in der Wahlmöglichkeit der Schulen zwischen G8 und G9. Darüber hinaus sehen CDU und FDP die Möglichkeit, schulspezifische Lösungen (z.B. durch Entzerrung und Entfrachtung) für die Vereinbarkeit von Schule und Ehrenamt zu entwickeln. Die LINKE und SPD fordern die flächendeckende Rückkehr zu G9 für alle Gymnasien, um auch Ehrenamt und Freizeitgestaltung von Schüler/innen abzusichern.

Die gegebenen Antworten sind aus Sicht des hjr in zwei Perspektiven diskussionswürdig: Wenn die Rückkehr einzelner Schulen zu G9 eine Möglichkeit der Entlastung darstellt, hilft das nur einem Teil der Schüler/innen. Ist dieser ungleich gestaltete Zugang zu Ehrenamt und Angeboten der Jugendverbände gewollt? Und: Es wird erkennbar, dass die Landespolitik sich hier stark zurücknimmt und viele Entscheidungen an die Schulen abgibt. Übergeordnete gesellschaftliche Fragen wie der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement junger Menschen geraten hier schnell in die Defensive, da sie bei den Entscheidungen einer Schulleitung vor Ort weniger im Fokus stehen als schulische Fragen.

Rechtsextremismus in Hessen

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus findet bei allen Parteien ihren Platz. Gerade die Arbeit des „beratungsnetzwerk Hessen – mobile Intervention ge-

gen Rechtsextremismus“, in dem auch die Jugendverbände mitwirken, findet starke Anerkennung. Alle Parteien sind davon überzeugt, dass nach Ablauf der Bundesfinanzierung mit neuen Bundesmitteln oder zur Not auch mit Landesmitteln (Die LINKE, FDP) die Arbeit des Beratungsnetzwerkes fortgesetzt werden muss. Den Bedarf nach mehr präventiven Ansätzen bewerten die Parteien unterschiedlich: GRÜNE, Die LINKE und SPD fordern ein neues eigenständiges Landesprogramm zum Ausbau der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. So könnten zivilgesellschaftliche Akteure, Initiativen, Jugendverbände, Lehrerinnen und Lehrer, Behörden und Unternehmen beraten und gefördert werden. CDU und FDP setzen dagegen eher auf die Fortführung der bisherigen Ansätze mit der Arbeit des Verfassungsschutzes, den Ausstiegshilfen von IKARUS und dem Modellprojekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“.

„Die Parteien haben hier sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie diese Beteiligung gelingen kann und wie weit sie gehen sollte.“



„Die Förderung der Prävention im Jugendbereich, gerade im Hinblick auf Rechtsextremismus, wird durch EU-, Bundes- und Landesmittel gefördert. Hier kann das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ als Beispiel herangezogen werden. Desweiteren haben wir mit dem Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) einen Ansprechpartner für Vereine und Verbände in Hessen. Referenten des Landesamtes für Verfassungsschutz stehen für zielgruppenorientierte Vorträge und Diskussionsrunden zur Verfügung.“ **FDP**

Das klare Bekenntnis aller Parteien gegen Rechtsextremismus ist mehr als erfreulich. Dass es mehr braucht als nur sicherheitspolitische Maßnahmen, ist als breiter Konsens zu erkennen. Gerade präventives Handeln der Zivilgesellschaft zur Stärkung demokratischer Kultur kann hier viel leisten – hat aber auf Landesebene derzeit keine klare Unterstützungsstruktur und Förderung. Es wird weitere sehr grundsätzliche Aushandlungen zwischen den Parteien brauchen, sollte ein Landesprogramm mit präventiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus eingerichtet werden.

Partizipation und Wahlrecht ab 16 Jahre

Jugendliche können an Entscheidungen stärker beteiligt werden als bisher. Die Parteien haben hier sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie diese Beteiligung gelingen kann und wie weit sie gehen sollte. Während die CDU hier vor allem auf die Mit-

bestimmung in Schule, Betrieb und Hochschule setzt und das politische Engagement in Vereinen, Organisationen und Parteien fördern will, gehen andere Parteien auch noch andere Wege. Die FDP regt projektbezogene Beteiligung von Jugendlichen überall dort an, wo keine kommunalen Jugendparlamente eingerichtet sind. Auch die GRÜNEN setzen auf Jugendparlamente, wollen deren Kompetenzen ausbauen und schlagen das Recht auf Einwohneranträge ab 14 Jahren vor.

„Wir wollen Kinder- und Jugendbeteiligung mit echten Mitbestimmungsrechten: Jugendliche sollen ab 14 Jahren einen Einwohnerantrag stellen können. Zudem wollen wir Kinder- und Jugendparlamente als eine Form der Partizipation stärken. Die Entscheidungsbefugnisse von Jugendparlamenten wollen wir erhöhen und ihnen sollen eigenverantwortliche Budgets und Antragsrechte in den jeweiligen Körperschaften gewährt werden.“ **B90/Die GRÜNEN**

Außerdem schlagen die GRÜNEN vor, mit Kindern und Jugendlichen in einer Kindercharta auf Landesebene die Ansprüche und Rechte von Kindern zu formulieren. Die SPD sieht in den Jugendverbänden ein großes Lernfeld für Demokratie und politisches Engagement. Darüber hinaus sollen Jugendliche mit Bürgerhaushalten und digitalen Beteiligungsverfahren stärker in kommunale Entscheidungen einbezogen werden.

SPD, die GRÜNEN und Die LINKE bekennen sich eindeutig dazu, das kommunale Wahlrecht in Hessen wieder auf 16 Jahre heruntersetzen. Von der FDP würde ein solcher

Plan „nicht von vorneherein befürwortet“. Die LINKE geht noch einen Schritt weiter und fordert eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre auch für die Landtagswahlen.

Gut sortiert?

Die Parteien im Landtag haben eindeutig einen guten Überblick über die Themen der Jugendpolitik. Aus Sicht des hjr sind die klaren Positionen der Parteien eine gute Basis für den Austausch und die Diskussion über die hessische Jugendpolitik. Aber wir lesen aus den Antworten auch heraus, dass Jugendpolitik bisher wenig als Querschnittsaufgabe gesehen wird. Eine Jugendpolitik die sich sehr parteiisch auf die Seite junger Menschen und ihrer Interesse stellt, ist noch nicht in Sicht. Daher wird der hjr auch weiterhin die Diskussion mit den Parteien suchen, um gute Politik für Kinder und Jugendliche in Hessen einzufordern.

Alle weiteren Themen, unsere Fragen und die ungekürzten Antworten der Parteien findet ihr auf unserer Website: www.hessischer-jugendring.de/ltw



KLAUS BECHTOLD

ist Referent für politische Bildung beim Hessischen Jugendring.

bechtold@hessischer-jugendring.de

: Wird Jugendpolitik gerade neu erfunden?



Im Frühjahr 2011 initiierte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Hintergrund war die in Fachkreisen schon seit längerer Zeit erhobene Forderung nach einer Revitalisierung der jugendpolitischen Debatte und nach einer systematischen Begründung einer ressortübergreifenden und kohärenten Jugendpolitik.

Dieser Anspruch fand im Herbst 2009 Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP. Dort wird lakonisch festgehalten: „Wir stehen für eine eigenständige Jugendpolitik ...“ (CDU, CSU, FDP 2009, S. 71). Mit dem Begriffspaar „eigenständige Jugendpolitik“ war jedoch lediglich eine Überschrift gesetzt. Programmatik und Reichweite dieser neuen Jugendpolitik blieben zunächst unbestimmt.

Die Vorlage eines Eckpunktepapiers des BMFSFJ mit dem Titel „Eine Allianz für die Jugend“ beim 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Juni 2011 in Stuttgart bildete den Beginn eines längerfristig angelegten, verschiedene Akteure einbeziehenden, partizipativen Prozesses zur programmatischen und strukturellen Ausgestaltung des Konzepts einer Eigenständigen Jugendpolitik. Im Eckpunktepapier formulierte das BMFSFJ als Ziel dieses Ansatzes von Jugendpolitik noch recht vage, jungen Menschen „möglichst gleiche Startchancen auf ein selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Leben“ zu eröffnen und dazu beizutragen, dass in der Gesellschaft „ein Klima der Anerkennung und des Respekts vor den Leistungen und dem Einsatz von Jugendlichen“ entsteht (BMFSFJ 2011, S. 2). Um die Reichweite eines solchen Konzepts anzudeuten, wird im Eckpunktepapier auf die föderalen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Kompetenzen der verschiedenen Ressorts verwiesen. Als Perspektive scheint die Bildung einer breiten „Allianz für Jugend“ auf, für die „Vertreter der Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, der Kinder- und Jugendhilfe sowie des formalen Bildungssystems und die Jugendlichen selbst“ (ebd.) gewonnen werden sollen. Ein ambitioniertes Vorhaben, dessen Konturen hier nur in groben Strichen angedeutet werden können.

Von der Idee zur Tat

Zur Unterstützung und Koordination dieses ehrgeizigen Projekts wurde auf Bundesebene ein „Zentrum für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik und den Aufbau einer Allianz für Jugend“ gegründet, dessen zentrale Aufgabe darin besteht, mit der Durchführung von Fachforen und Workshops sowie durch die Einrichtung von Expert/innengruppen und weiteren diskursiven Elementen bzw. durch

die Anregung von Modellprojekten einen gesellschaftlichen Dialogprozess über Jugendpolitik zu fördern. Darüber hinaus hat in der Zwischenzeit auf Bundesebene eine interministerielle Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit aufgenommen, um übergreifende Ansätze einer Jugendpolitik zu entwickeln. Um eine unmittelbare Beteiligung Jugendlicher an der Erarbeitung einer Eigenständigen Jugendpolitik zu gewährleisten, wurde eigens beim Deutschen Bundesjugendring das Projekt „Ich mache Politik“ eingerichtet.

Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik greift zahlreiche Initiativen von Jugendverbänden, Jugendringen oder anderen Organisationen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf, die seit vielen Jahren eine Neupositionierung von Jugendpolitik fordern und konzeptionell begründete Vorschläge für eine kohärente, ressortübergreifende Jugendpolitik bzw. konkrete jugendpolitische Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage Jugendlicher vorgelegt haben. Zusätzlicher Rückenwind für diese Initiative bringt die Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2010–2018, die darauf hinwirken soll, die Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und das gesellschaftliche Engagement und die soziale Eingliederung junger Menschen zu fördern.

Jugendpolitik als Thema platziert

Nach einem Zeitraum von zwei Jahren kann eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Mit dem Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik ist es dem BMFSFJ gelungen, das Thema Jugendpolitik erkennbar in der politischen Debatte zu platzieren. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben sich in mehr oder weniger umfangreichen Anträgen für die Entwicklung und Umsetzung einer Eigenständigen Jugendpolitik ausgesprochen. Offensichtlich sind auch einige Bundesländer bzw. Verbände und Organisationen auf Landesebene durch die Debatte auf Bundesebene dazu angeregt worden, eigene jugendpolitische Initiativen zu ergreifen. Insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist das Projekt zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik mit großem Engagement und deutlichen Erwartungen aufgenommen worden, was

angesichts der langjährigen Kritik an der Vernachlässigung dieses Politikbereichs auf fast allen politischen Ebenen nicht wirklich überrascht.

Welche Konturen für eine Eigenständige Jugendpolitik sind in der Debatte bislang sichtbar geworden? Jenseits der durch die Wahl dieses Begriffes in Kauf genommenen Missverständnisse – eigenständig wird leicht mit unabhängig, autark, autonom usw. assoziiert – ist darunter eine Politik zu verstehen, die die Bedingungen der Lebenslage und die Erfordernisse der Lebensphase Jugend als Ganzes zum Ausgangspunkt nimmt. Sie versteht sich als Politik für alle Jugendlichen. Hierzu braucht es als Orientierung eine begründete und reflektierte Vorstellung von der Rolle und der Bedeutung von Jugend in einer und für die Gesellschaft. Diese lässt sich einerseits aus der Perspektive von Jugend als erneuernder Kraft und andererseits durch Erwartungen der Gesellschaft an die Jugend als nachwachsende Generation näher bestimmen. Eine Eigenständige Jugendpolitik macht die gesellschaftliche Rahmung des Erwachsenwerdens zu ihrem zentralen Thema. Damit ist nicht gesagt, dass eine Eigenständige Jugendpolitik sich als autark bzw. unabhängig gegenüber anderen Politikfeldern versteht, sondern dass sie selbstbewusst ihrer eigenen „Logik“ folgt, die in der Situation und der gesellschaftlichen Relevanz ihres Gegenstands begründet ist. In diesem Sinn fördert und unterstützt Eigenständige Jugendpolitik den Prozess des Erwachsenwerdens, schafft optimale Rahmenbedingungen für die Befähigung und Qualifikation nachwachsender Generationen, bildet den Rahmen für Teilhabe und Partizipation und bietet fördernde Grundlagen für einen gelingenden generationellen Wechsel in der Gesellschaft. Die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher werden in den Mittelpunkt gerückt, nachhaltige und wirksame Prozesse der Partizipation werden ermöglicht und Freiräume zum Experimentieren und Erproben werden erhalten.

Eigenständige Jugendpolitik muss ihrem Anspruch entsprechend mehrere Perspektiven im Blick haben. In zeitlicher Perspektive muss sie die Spannung zwischen Gegenwarts- und Zukunftsorientierung produktiv aufgreifen. Einerseits geht es z.B. um bessere Voraussetzungen für einen Übergang in eine Erwachsenenexistenz. Andererseits geht es jedoch auch um die Schaffung von Räumen für die Realisierung jugendspezifischer Interessen und Bedürfnisse. Sachlich muss Eigenständige Jugendpolitik umfassend genug angelegt sein, um die Differenziertheit jugendspezifischer Interessen, Bedürfnisse und Anliegen im Kontext sozialer Milieus aufgreifen zu können. Strukturell muss sie darauf ausgerichtet sein, Kompetenzen und Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung einer Eigenständigen Jugendpolitik explizit zu verankern, z.B. durch eine/n Staatssekretär/in für Jugend auf Bundesebene oder die Ausstattung des BMFSFJ mit einer uneingeschränkten Koordinationsfunktion für alle jugendrelevanten Themen der Politik, die z.B. die Bereiche der Familien-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Innen-, Migrations-, Gesundheits- und Raumplanungspolitik tangieren, d.h. sie muss unabdingbar ressortübergreifend angelegt sein.

Die in das Eckpunktepapier des BMFSFJ aufgenommenen Themenschwerpunkte „Faire Chancen für Jugendliche“, „Erweiterte Anforderungen bei enger werdenden (Zeit-)

Räumen“ und „Perspektiven und Zuversicht für ein Leben in der Zukunft“ fungieren als inhaltliche Koordinaten des bisherigen Diskussionsprozesses. Auf jugendpolitischer Handlungsebene werden diese in die Frage nach dem Zusammenwirken schulischer und außerschulischer Lernorte und die Anerkennung non-formalen Lernens, in die Frage nach der Absicherung und Ausgestaltung von Jugendbeteiligung im politischen und öffentlichem Raum sowie in die Frage nach der Gestaltung von Übergängen von der Schule in berufliche Ausbildung und Arbeitswelt übersetzt. Diese Themen strukturieren die Debatten in den Fachforen.

Was steht bisher unter dem Strich?

Wenn auf einer inhaltlichen Ebene nach den in der bisherigen Debatte erarbeiteten jugendpolitischen Essentials gefragt wird, fällt zunächst auf, dass die Überlegungen bislang noch nicht sehr weit über die Formulierung von Grundsätzen hinaus gekommen sind. Die Ausarbeitung einer inhaltlichen Programmatik Eigenständiger Jugendpolitik und die substantielle Unterfütterung allgemeiner Grundsätze stehen noch weitgehend aus. Das hat sicherlich damit zu tun, dass Jugendpolitik ein komplexes Handlungsfeld mit Akteuren und Zuständigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen, in mannigfachen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationsformen sowie in verschiedenen Feldern gesellschaftlicher und politischer Aktivitäten ist. Zur Mitarbeit bei den verschiedenen Fachforen konnten bislang vor allem Mitarbeitende aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe aktiviert werden. Somit hatten die Fachforen vor allem die Funktion einer Vernetzung von Akteuren dieses Arbeitsfelds. Ein Blick in die Dokumentationen der Fachforen bestätigt dann den Eindruck, dass die Teilnehmenden der Fachforen der Gefahr unterliegen, die Eigenständige Jugendpolitik sehr verkürzt als bloße Politik zur Stärkung und Anerkennung des eigenen Arbeitsfelds misszuverstehen. Will jedoch Eigenständige Jugendpolitik ihre zunächst allgemein beschriebenen Ziele wirklich erreichen, muss sie sich als ressortübergreifende, öffentlich verantwortete Politik für Jugendliche verstehen, die das vorherrschende Fremdbild einer Zuständigkeit für Kinder- und Jugendliche in Krisen und Problemlagen überwindet. Aufgabe von Jugendverbänden wird es sein, sich mit großem Engagement in die Entwicklung und Realisierung eines solchen umfassenden Ansatzes der Jugendpolitik mit konkreten Forderungen und Vorschlägen einzumischen. Hierzu bedarf es zumindest teilweise einer Neuerfindung von Jugendpolitik. Dieser Prozess muss auch nach der Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres fortgesetzt werden. Bereits die Koalitionsvereinbarung für die nächste Legislaturperiode wird zeigen, welche jugendpolitischen Forderungen in Regierungshandeln umgesetzt werden können.

KLAUS WALDMANN

ist Bundestutor bei der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

waldmann@politische-jugendbildung-et.de



: NICHT UNGEFÄHRlich

Extrem rechte Parteien und ihre Aktivitäten in Hessen

„Raus aus dem Euro – Gegen Euro und Großkapital“, mit diesem Slogan warb die NPD ein ganzes Jahr lang für eine „Großkundgebung“ am 1. Mai 2013 an der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Aufgrund eines Verbots seitens der Stadt musste der Versammlungsort im Vorfeld zum Ostbahnhof verlegt werden. Doch dorthin schafften es am 1. Mai nur elf NPD-Anhänger/innen, den übrigen gelang es bedingt durch Schienen- und Straßenblockaden nicht, in die Stadt zu kommen. Infolgedessen hielten etwa 150 NPDler/innen eine Kundgebung in Hanau ab und konnten auch ein Stück – zum Teil ohne Polizeibegleitung – durch die Stadt laufen.

Dass noch nicht mal 200 Teilnehmer/innen nach Frankfurt – beziehungsweise Hanau – mobilisiert werden konnten, kann symbolisch für die Schwäche der (hessischen) NPD gelesen werden. Bei den Wahlen zum hessischen Landtag im Januar 2009 erhielt die Partei 0,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den Kommunalwahlen im März 2011 kam sie sogar nur auf 0,4 Prozent der abgegebenen Stimmen, konnte jedoch insgesamt 12 Mandate erringen. In einzelnen Regionen kann durchaus von einer kommunalen Verankerung gesprochen werden. Zu den kommenden Bundestags- und Landtagswahlen wird ein Wahlantritt angestrebt, zur Zulassung müssen jedoch 2000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden.

Die NPD in Hessen

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist heute die bedeutsamste Partei im extrem rechten Spektrum. In Hessen konnte die NPD seit der Landtagswahl 1966 nur in einzelnen Regionen Wahlerfolge verbuchen. Wölfersheim (Wetterau) und Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis) waren lange Zeit die Hochburgen der hessischen NPD. 1997 erreichten sie bei der Kommunalwahl in beiden Gemeinden knapp 23 Prozent der Stimmen. 2011 lagen sie in Wölfersheim noch immer über 5 Prozent, in Ehringshausen jedoch hat die Partei erst gar nicht kandidiert. Erfolge konnte die NPD

dort verbuchen, wo sie vor Ort verankertes Personal hat. In Ehringshausen war das die Familie Zutt und ihr Laden „Patriotentreff“ bis das Ehepaar 2008 nach Mecklenburg-Vorpommern zog.

Doch auch jenseits von Wahlen ist der Zustand der hessischen NPD alles andere als rosig. Die Mitgliederzahl ist gering, funktionierende Kreisverbände gibt es nur in der Wetterau, dem Main-Kinzig-Kreis, dem Lahn-Dill-Kreis und in Fulda bzw. Hersfeld-Rothenburg. Und auch dort bleiben die Aktivitäten äußerst gering. Die gelegentlichen Infostände und Flugblattverteilkaktionen werden auf den parteieigenen Internetseiten zwar stets als große Erfolge dargestellt, bringen jedoch kaum Außenwirkung. Da helfen auch keine Eselsmasken¹, die manchmal bei Infoständen übergezogen werden, um Aufmerksamkeit zu erregen. Sonstige Aktivitäten richten sich ausschließlich an die eigene Szene, wie der „Tag der Nationaldemokratie“, eine Rednerveranstaltung, die im März in Leun im Lahn-Dill-Kreis stattfand oder sonstige „Schulungsveranstaltungen“. Manchmal versucht man auch, sich bewusst bürgernah und ortsverbunden zu präsentieren: Ebenfalls im März hatte die Bundespartei einen „Sozialen Tag“ ausgerufen. Diesen füllte eine kleine Gruppe von NPDlern damit, eine Wiese in Hanau von Müll zu reinigen. Gleichzeitig versucht sich die hessische NPD immer wieder an großen Veranstaltungen. Nicht nur am 1. Mai 2013 sollte eine „Großkundgebung“ in Frankfurt als eine der beiden zentralen bundesweiten NPD-Veranstaltungen stattfinden, bereits 2011 rief die NPD Hessen zu einer „bundesweiten Demonstration“ nach Gießen. Hier wurde zwar nicht die Anreise verhindert, auch die Versuche, den Aufmarsch zu blockieren, scheiterten, doch die Teilnehmendenzahl von lediglich 130 Neonazis war alles andere als ein Erfolg. Zwar reisten Aktivist/innen aus einigen anderen Bundesländern an, die Beteiligung aus Hessen war jedoch äußerst gering.

¹ Mit diesen Auftritten wird an eine Aktionsform einer Gruppe um den Neonazikader Michael Kühnen angeknüpft, die mit Eselsmasken und Schildern, auf denen „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZ Juden vergast wurden“ zu lesen stand, auftrat.



2011 war noch Jörg Krebs Landesvorsitzender der NPD. Der bieder wirkende Frankfurter Stadtverordnete ist bereits seit 1999 NPD-Mitglied. In der Szene verankert oder gar eine interessante Figur für jüngere Aktivisten ist er jedoch nicht. Seine Ablösung durch Daniel Knebel aus Altenstadt (Wetterau) 2012 hat dies ändern und die NPD aus ihrer Krise führen sollen. Bisher ist davon jedoch nichts zu bemerken. Im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen NPD und „Freien Kräften“ in Hessen scheint eisig zu sein. Strukturen wie das Freie Netz Hessen oder die Nationalen Sozialisten Ried mobilisierten auf ihren Homepages für den 1. Mai ausschließlich nach Würzburg, wo sie dann auch hinreisten. Der in Frankfurt geplanten Veranstaltung widmeten sie kein einziges Wort.

Unter Marcel Wöll, dem Vorgänger von Krebs, war dies anders. Aus dem Kameradschaftsspektrum stammend gelang es ihm eine Zeit lang, jüngere, aktivistischere Leute für die Partei zu gewinnen und ihre Strukturen zu beleben. Mit dem „Nationalen Wohnprojekt“ in Butzbach-Hochweisel und dem Projekt „Volksfront-Medien“ setzten er und sein Umfeld deutliche Akzente. Wenn der „Erfolg“ auch nur von kurzer Dauer war, zeigte er dennoch, dass die NPD mit dem „richtigen“ Personal auch attraktiv für junge Menschen sein kann. Und bei allem Dilettantismus geht von Neonazis immer auch eine Gefahr aus für Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. So gehörte der Haupttäter der Gruppe, die 2007 ein Zeltlager der Linksjugend 'solid am nordhessischen Neuenhainer See überfiel und ein junges Mädchen mit einem Klappspaten attackierte und schwer verletzte, zu der Clique um Wöll. Auch zeigt sich in den Orten, wo die NPD dauerhaft präsent ist, dass es ihr gelingt, sich als Partei wie jede andere darzustellen und von Teilen der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Gerade wo sie verankert ist oder auch Teile der Jugendkultur prägt, müssen andersdenkende Jugendliche jedoch oftmals um ihrer körperliche Unversehrtheit fürchten.

Die JN: Schulhof-CD, Aufmärsche, Zeltlager

Während die NPD gerade kaum Unterstützung von anderen Teilen der Szene erfährt, ist ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, gut vernetzt mit „Freien Kräften“. Im Sommer veranstalteten sie beispielsweise mit der „Bruderschaft Hessen“ ein gemeinsames Zeltlager, beim

„Gedenkmarsch“ im niedersächsischen Bad Nenndorf waren sie mit Aktivist/innen des Freien Netz Hessen unterwegs. Die eigenen Aktivitäten finden hauptsächlich in Osthessen statt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass der 2012 neu gewählte Landesvorsitzende Martin Braun in Bad Hersfeld lebt. Den „Höhepunkt“ der Aktivitäten bildete der von der JN organisierte Aufmarsch in Hünfeld (Kreis Fulda) am 10. November 2012. Inhaltlich bezog man sich zwar auf den Fall der Mauer, die Ästhetik des Fackelmarschs ließ jedoch auch deutliche Verbindungen zum 9. November 1938, der Reichspogromnacht, zu.

Doch die hessische JN ist auch überregional bei Aufmärschen präsent, in einer kleinen Gruppe reisten sie z.B. nach Bad Nenndorf oder zum „Tag der deutschen Zukunft“ nach Hamburg.

Auf Bundesebene hat die JN im vergangenen Jahr eine Schulhof CD erstellt und kostenlos vor Schulen verteilt. Die CD soll insbesondere Jugendliche ansprechen und für die Ideologie bzw. Organisation begeistern. Enthalten sind Lieder unterschiedlicher extrem rechter Bands und Projekte – neben klassischem Rechtsrock auch ein Liedermacher und ein HipHop-Projekt – sowie Werbefilme der JN. Das Booklet wirbt für die Aktivitäten der JN, die als „Abenteuer suchen“ und „Bewusst anders sein“ umschrieben werden. Mittlerweile ist die CD indiziert und darf nicht mehr verbreitet werden. Zuvor ist sie jedoch auch in Hessen verteilt worden, z.B. an einer Schule in Wetzlar und im Lumdatal.

Also alles kein Thema?

Trotz der ausbleibenden Wahlerfolge und dem beschriebenen Zustand der rechten Parteien in Hessen, sollten sie nicht als bedeutungslos abgetan werden. Erfolge lassen sich nicht nur an Wahlergebnissen messen. Parteien wie die NPD tragen durch ihr Wirken und ihre Verankerung vor Ort zur Normalisierung menschenverachtenden Gedankenguts und dessen Verbreitung bei. Sie erreichen damit auch Jugendliche, nicht nur über ihre im engeren Sinne politischen Aktivitäten, sondern hauptsächlich durch alltagsweltliche Angebote: über das Internet, Musik oder ganz allgemein bestehende Netzwerke unter jungen Menschen. Und gerade hier ist die Verbindung zu den „Freien Kräften“ wichtig. Doch extrem rechte Aktivitäten entfalten auch Wirkung jenseits der Menschen, die gewonnen werden sollen. Denjenigen, die sich dagegen positionieren, und den Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, entstehen daraus auch konkrete Gefahren und Einschränkungen.

Der Artikel ist ein Auszug aus dem Artikel „Zerstritten, unfähig, aber dennoch nicht ungefährlich – extrem rechte Parteien und ihre Aktivitäten in Hessen“. Den vollständigen Artikel findest du hier: <http://www.hessischer-jugendring.de/publikationen>

VERENA GRÜN

arbeitet als Trainerin in der politischen Bildung und als freie Journalistin im Bereich extreme Rechte.

: Deine Stimme zählt!

Wählen gehen für einen Politikwechsel!



Am 16. März rieb sich so manch eine einkaufende Person im Frankfurter Stadtteil Bockenheim verwundert die Augen. Über 500 junge Menschen zogen in einem bunten Demonstrationzug vor das griechische Konsulat. Die Gewerkschaftsjugend stimmte sich an diesem Tag in Frankfurt auf die zwei anstehenden Wahlen im September ein, die Demonstration war nur Teil eines bunten Tagesprogramms. Zeitgleich fanden in fünf weiteren Großstädten Aktionen der DGB-Jugend statt.

Das Motto in Frankfurt lautete „Internationale Solidarität kennt keine Grenzen“. Ziel war es, an diesem Tag ein Zeichen zu setzen, dass die Gewerkschaftsjugend für ein soziales Europa eintritt. Die desaströse Sparpolitik spaltet Europa und geht vor allem zu Lasten der jungen Generation. Die Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern hat längst die 50% überschritten, es besteht die Gefahr, dass eine ganze Generation vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten wird. Junge Menschen in Europa brauchen sichere Zukunftsperspektiven, so lautet eine der sechs Kernforderungen der DGB-Jugend zur Bundestagswahl. Die Europawahlen stehen zwar erst im nächsten Jahr an, doch werden die Wahlen für den Deutschen Bundestag in diesem Jahr eine wichtige Auswirkung auf die Krisenpolitik der europäischen Staaten haben. Deshalb zählt für die DGB-Jugend das soziale Europa zu den Kernforderungen, für einen Politikwechsel.

Jugend macht Ansagen

So lautet das Motto der bundesweiten Kampagne der DGB-Jugend für die Wahl am 22. September. Seit Jahren erleben wir bei den Wahlen ein Absinken der Wahlbeteiligung, weitläufig wird von einer Politikverdrossenheit der jungen Generation geredet.

Wirft man jedoch einen Blick auf die Proteste gegen Stuttgart 21, gegen die Castor-Transporter oder gegen den ehemaligen größten Naziaufmarsch in Dresden, kann man feststellen, dass immer mehr junge Menschen ihren Protest direkt auf die Straße tragen.

Auch die aktuellen Jugendstudien zeigen auf, dass wir das Gerede von der Politikverdrossenheit differenzierter betrachten müssen. Nach Zahlen der Shell Jugendstudie von 2010 sind über 60 % der befragten jungen Menschen bereit, sich an Protestversammlungen zu beteiligen. Somit müssen wir eigentlich von einer Parteienverdrossenheit sprechen. Für die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe ist die Politikverdrossenheit, „die zum drastischen Rückgang der Wahlbeteiligung geführt hat, durch das Fehlen einer echten Wahl zwischen klar unterscheidbaren Alternativen zu erklären.“

Für unsere Kampagne zu den Wahlen am 22. September, ergab sich daraus die Konsequenz, um junge Menschen für die Wahlen und politisches Handeln zu motivieren, reicht nicht ein Aufruf zur Wahl, sondern es muss für uns darum gehen, unsere Forderungen klar und deutlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Aus diesem Grund machen wir in diesem Jahr Ansagen. Wir wollen nicht den Politiker/innen die Inhalte überlassen, sondern mit unseren Themen in die Offensive gehen.

Grundsätzlich haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, junge Menschen zu befähigen, ihre Interessen in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen und durchsetzen zu können, sich

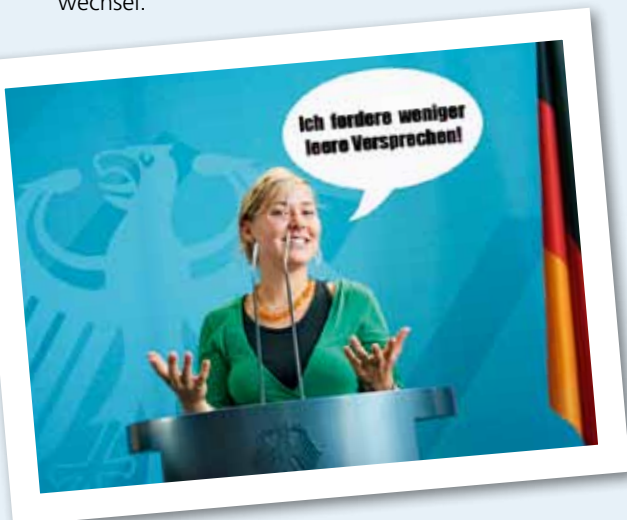
persönlich, beruflich und politisch weiterzubilden und so einen Beitrag zur Demokratieentwicklung zu leisten. Dabei sind wir zwar parteipolitisch neutral, aber nicht wertneutral. Der zentrale Wert für unsere politische Arbeit ist die Solidarität. Kein Gemeinwesen kommt ohne Solidarität der Menschen untereinander aus. Damit kann gewerkschaftliche Jugendarbeit als kritisch in dem Sinne bezeichnet werden, als sie sich aktiv mit herrschenden Tendenzen in Politik und Gesellschaft auseinandersetzt, die demokratische Rechte auszuhöheln drohen, Menschen mit anderer Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung diskriminieren und sozialstaatliche Errungenschaften abbauen wollen.

Heiß auf deine Stimme

Dieser kritische Ansatz ist gerade in Zeiten des Wahlkampfes wichtig. Die Parteien agieren nach dem Motto „heiß auf deine Stimme“. Von daher müssen junge Menschen angeregt werden, die Aktivitäten und Versprechungen der Parteien kritisch zu hinterfragen und ihre eigenen Interessen zu formulieren. Wahlanalysen für Hessen haben gezeigt, dass eigentlich alle demokratischen Parteien noch unausgeschöpftes Potential im Bereich der Jungwähler/innen haben. Hier bietet sich eine Chance für die Jugendverbände in Hessen. Für die Forderungen der jungen Generation, können wir uns jetzt gut Gehör verschaffen. Es geht darum zu zeigen, dass Politik nicht nur in Parlamenten stattfindet. Wir müssen sie auf die Straße, ins Netz, in unsere Communities, in die Betriebe, Schulen und Hochschulen und von dort wieder zurück tragen. Wichtig ist es, nicht nur zu reagieren, sondern durch eine deutliche Formulierung von Ansagen der Jugend eine Stimme zu verleihen.

FABIAN WAGNER

ist Jugendsekretär der DGB-Jugend Hessen-Thüringen.
fabian.wagner@dgb.de



: Jugend und Politik



Pünktlich vor Landtags- und Bundestagswahlen steigt das Interesse an jungen Menschen als potenzielle politische Akteure. Gerne wird dann in den Medien das Bild der scheinbar desinteressierten Jungwähler/innen oder der politikverdrossenen Jugendlichen reproduziert. Vor diesem Hintergrund ist es hilfreich und notwendig, einen differenzierteren Blick auf das Themenfeld „Jugend und Politik“ zu werfen. Dabei muss sowohl nach den vielfältigen jugendlichen Lebenswelten unterschieden werden als auch der Politikbegriff über „Parteien und Politiker“ hinaus geweitet werden.

Jugendliche sind weitgehend leidenschaftlos beim Thema Politik

Junge Menschen sind nicht so desinteressiert an Politik oder gar politikverdrossen, wie ihnen zu oft nachgesagt wird. Sie haben jedoch eine enge Definition von Politik, durch die ihnen ihre eigenen politischen Äußerungen oft unbewusst bleiben. (vgl. dazu ausführlich Calmbach/Borgstedt 2012). Junge Menschen haben eine pragmatische Zugangsweise zum Thema Politik. Interessant sind die Themen, die den eigenen Alltag betreffen und bei denen man Einflussmöglichkeiten hat. Ansonsten sind sie weitgehend leidenschaftslos im Hinblick auf das Thema Politik.

Die Teilnahme an Wahlen ist für die formal höher gebildeten Jugendlichen selbstverständlich und auch in der jungen bürgerlichen Mitte würde man wohl wählen gehen. Formal niedriger gebildete Jugendliche sind deutlich weniger interessiert an Wahlen und zeigen teilweise auch klares Desinteresse.

Die SINUS-Jugendstudie 2012 „Wie ticken Jugendliche?“, die unter anderem vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Bundeszentrale für politische Bil-

dung (bpb) in Auftrag gegeben wurde, hat auch nach der Haltung junger Menschen zur Politik gefragt und das politische Themenspektrum junger Menschen herausgearbeitet. In dem Modell werden sieben Lebenswelten von Jugendlichen unterschieden, die sich durch ihre formale Bildung und ihre normative Grundorientierung unterscheiden (vgl. dazu ausführlich Calmbach u.a. 2012 oder Thomas/Calmbach 2013). Für jede dieser sieben Lebenswelten lässt sich eine charakterische Haltung zur Politik und Wahlen beschreiben. Es wird deutlich, dass zwischen eher traditionellen und eher postmodernen, zwischen formal niedrig und formal höher gebildeten Jugendlichen deutliche Unterschiede beim Zugang zur Politik, der Haltung gegenüber Politikerinnen und Politikern oder der Bereitschaft zur eigenständigen Information bestehen. Auch deswegen verbietet es sich, pauschal über das politische Desinteresse junger Menschen zu sprechen.

Jugendliche haben ein großes politisches Themenspektrum

Fragt man nach dem Thema „Politik“, so denken viele Jugendliche zunächst an „Parteien“ und „Politiker“. Diese stehen jedoch auf der Liste der uninteressanten Themen ganz oben, entsprechend kann man den Eindruck gewinnen, als ob junge Menschen sich nicht für politische Themen interessieren. Dies hat die Studie „'Unsichtbare' Politikprogramme für sogenannte ‚bildungsferne‘ Jugendliche“ beschrieben (vgl. Calmbach/Borgstedt 2012, S. 67f.). Dies gilt aber ebenso für Jugendliche aus der Mitte der Gesellschaft. Nur ein eher kleiner Teil sogenannter „bildungsnaher“ Jugendlichen interessiert sich wirklich für Politiker/innen und Parteien.

Gerade wenn die Jugendlichen selbst einen engen Politikbegriff verwenden, muss jedoch daran erinnert werden, dass sich der

Begriff „Politik“ nicht von Parteien und Politikern, sondern von dem griechischen Wort „Polis“ (Stadt) ableitet. In der Polis sind die öffentlichen Angelegenheiten verortet. In der Politik geht es um die gemeinsame Regelung der öffentlichen Angelegenheiten durch alle Bürgerinnen und Bürger (vgl. Sturzenhecker 2013, S. 153). Betrachtet man auf der Basis dieses Politikbegriffes die Äußerungen junger Menschen aus einem weiteren Blickwinkel, kann man ohne viel Mühe ein großes Spektrum politischer Themen entdecken.

Soziales und ökologisches Engagement ist attraktiver als politisches Engagement

Vorausgesetzt, es wird diesen Themen und den Jugendlichen mit Offenheit, Interesse und angemessener Wertschätzung begegnet, sollte es möglich sein, mit Jugendlichen aus allen Lebenswelten politische Fragen zu diskutieren und politische Bildungsprozesse zu initiieren. Die politische Tagesordnung darf eben nicht alleine durch Parteien oder den Wahlkampf bestimmt werden, sondern die alltäglichen Themen der Jugendlichen müssen als Beitrag zur politischen Auseinandersetzung aufgegriffen werden.

Will man dann die Jugendlichen für ein weitergehendes gesellschaftliches Engagement gewinnen, so muss man sich darüber im Klaren sein, dass der Zugang über soziales und ökologisches Engagement in der Regel leichter gelingen wird als über unmittelbar politisches Engagement. Bevor Jugendliche sich im engeren Sinne politisch engagieren, muss die Distanz zur Politik und ihren Institutionen überwunden werden. Und es müssen vielfältigere Formen als Podiumsdiskussionen, Gremiensitzungen, Parteiprogramme und die bekannten Wahlkampf-Aktionen angeboten werden. Die Formen des jugendlichen Engagements sind noch vielfältiger als ihre Lebenswelten.

Nur eine Minderheit findet Freude daran, sich dauerhaft und regelmäßig an Ämter und Vereine oder Parteien zu binden (vgl. Calmbach u.a. 2012, S. 82ff.).

Jugendarbeit, Schule, Parteien, Politikerinnen und Politiker stehen vor der Aufgabe, ihr eigenes Verständnis von Politik deutlich weiter zu fassen als bisher. Und sie müssen dazu beizutragen, dass auch die Jugendlichen sich einen erweiterten Politikbegriff aneignen, in dem sie die politische Dimension „ihrer“ Themen kennenlernen. Die Stärke der Jugendarbeit liegt dabei darin, junge Menschen zu begleiten und zu unterstützen, passende sprachliche, künstlerische und mediale Ausdrucksformen für ihre politische Themen zu entwickeln. Hierzu gibt es mittlerweile zahlreiche interessante Anregungen (vgl. beispielsweise Sturzenhecker 2013, Kohl/Seibring 2012). In der Schule sollte das Themenspektrum sozialer, ökologischer und politischer Themen von der Lebenswelt der Jugendlichen aufgebaut und nicht von den Gremien und Strukturen des Politikbetriebs hergeleitet werden. Politikerinnen und Politiker sind – insbesondere auch in Zeiten des Wahlkampfes – gefordert, nicht nur zu erzählen, was sie tun wollen, sondern die Anliegen der Jugendlichen angemessen einzugehen.

Literatur

Calmbach, Marc/Borgstedt, Silke (2012): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Kohl Wiebke/Seibring, Anne (Hrsg.) (2012) S. 43–80

Calmbach, Marc/Thomas, Peter Martin/Borchard, Inga/Flaig, Bodo (2012): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf

Kohl Wiebke/Seibring, Anne (Hrsg.) (2012): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. Bonn

Sturzenhecker, Benedikt: Den Kids eine Stimme geben! Das und mehr kann politische Bildung mit benachteiligten Jugendlichen von der Milieuforschung lernen. In: Thomas, Peter/Calmbach, Marc (Hrsg.) (2013) S. 151–173

Thomas, Peter/Calmbach, Marc (Hrsg.) (2013): Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft. Berlin und Heidelberg

PETER MARTIN THOMAS

ist der Leiter der SINUS Akademie sowie Autor, Co-Autor und Herausgeber verschiedener Publikationen zum Thema Jugend, u.a. der SINUS-Jugendstudie 2012. Er ist Trainer und Referent und hat Lehraufträge an mehreren Hochschulen. Zudem ist er Diplompädagoge, Organisationsberater, Supervisor und Coach (DGSP).

petermartin.thomas@sinus-akademie.de

Fachtag zur Ganztagsbildung | Der Hessische Jugendring veranstaltete im Mai einen Fachtag in Frankfurt zum Thema „Jugendverbände in der Ganztagsbildung“. Die Veranstaltung beleuchtete die politische Bedeutung der Ganztagsbildung und ihre Umsetzung in der Praxis mit Fokus auf die Kooperation von Ganztagschulen mit Jugendverbänden. Außerdem diente der Fachtag zum gegenseitigen Austausch der Jugendverbände und zum Ideenentwickeln. Dr. Ivo Züchner vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main stellte die Rolle und Potentiale der Jugendverbände in der Ganztagsbildung vor. Hendrik Schleicher, stellvertretender Leiter der Carlo-Mierendorf-Schule Frankfurt, gab Antworten auf die Frage "Was sollten ganztätig arbeitende Schulen und ihre Kooperationspartner voneinander erwarten?". Nach einer Diskussionsrunde und dem Mittagessen stellten die Sportjugend und die SJD – Die Falken Konzepte zur Ganztagsbildung aus Sicht der Jugendverbände vor.



Vorstellung 14. Kinder- und Jugendbericht | In Kooperation mit der Goethe-Universität in Frankfurt hat der hjr den 14. Kinder- und Jugendbericht vorgestellt. Den Input zum Bericht hielt Prof. Dr. Sabine Andresen vom Fachbereich Erziehungswissenschaften und Mitglied des Beirats zum Bericht. Nach ihrem Vortrag nahmen die rund 60 Gäste das Angebot zur Diskussion mit der Referentin wahr. Interessierte können unter schulke@hessischer-jugendring.de die Präsentation von Frau Andresen anfordern.

hjr ist Landeskoordinierungsstelle von U18 | Der Hessische Jugendring unterstützt das Kinder- und Jugendwahlprojekt U18 als Landeskoordinierungsstelle. Am 13. September haben unter 18-Jährige in ganz Deutschland die Möglichkeit, ihre Stimme in einer bundesweiten Wahl abzugeben. Am Ende des Abends wird das Ergebnis in einer Wahlsendung präsentiert. Für das Projekt werden nun Jugendgruppen, Vereine, Verbände, Schulen etc. gesucht, die in ihren Räumlichkeiten ein Wahllokal einrichten. Weitere Informationen dazu gibt es in der Geschäftsstelle des hjr.

Ausblick 3/13



„Jugendverbandsarbeit und Schule“

Die nächste hessische Jugend mit dem Thema „Jugendverbandsarbeit und Schule“ erscheint Ende Oktober.

Die Kooperationen von Jugendverbänden und Schulen sind nicht immer leicht. An vielen Stellen zeigt sich, dass sich die Partner zwar gegenseitig bereichern, mit ihnen aber auch unterschiedliche Systeme aufeinander treffen. Trotzdem gibt es immer wieder Beispiele gelungener Zusammenarbeit und mittlerweile hat sich eine Menge Wissen in den Jugendverbänden zum Thema „angesammelt“. Einiges davon präsentieren wir in der nächsten Ausgabe.

Geplant sind unter anderem folgende Beiträge:

- ▶ **Chancen und Herausforderungen**
Welche Potenziale stecken in der Kooperation Jugendarbeit und Schule?
- ▶ **Was bisher geschah**
Ein Zeitstrahl zu der Entwicklung des Themenfelds
- ▶ **Standpunkte** Ein Pro & Contra Interview zu Kooperationen von Jugendarbeit und Schule

Die hessische Jugend 3/13 erscheint in der 44. KW.

: Termine

**VOLLVERSAMMLUNG,
Samstag, 7. September**

Mit Blick auf die Landtagswahlen in Hessen und die Bundestagswahl hat der hjr seine Vollversammlung auf Anfang September terminiert. Das Gremium tagt einen ganzen Tag lang im DGB-Haus in Frankfurt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Wahlen, verschiedene thematische Anträge und als inhaltlicher Schwerpunkt Diskussionsrunden mit Vertreter/innen der Landtagsfraktionen.

**1. MODUL FORTBILDUNG
Ansprechperson „Sexualisierte Gewalt und Präventionsarbeit“,
Mittwoch 18. bis Freitag 20. September**

Die Themen „Sexualisierte Gewalt“ und „Kindeswohl“ werden in ihrer Bedeutung in der Jugendverbandsarbeit immer stärker wahrgenommen. In einer drei-moduligen Ausbildung wird der hjr in Kooperation mit dem Sozialministerium Akteure aus den Jugendverbänden für dieses Themengebiet weiter qualifizieren. Die weiteren Module finden vom 13. bis 15. November und (vorbehaltlich einer weiteren Förderung) vom 26. bis 28. März 2014 in der Sportschule in Frankfurt statt.

**KAMPAGNENFÄHIG IN DER
JUGENDVERBANDSARBEIT
Freitag 15. und Samstag, 16. November**

Zu einem Doppelfachtag lädt der hjr Mitte November ein. Freitagsnachmittags wird es um Kampagnenfähigkeit in und durch neue Medien gehen. Am Samstag geht es mit Fragen zur politischen Kampagnenarbeit weiter. Die Tage können einzeln oder gleich in der Kombination und optional auch mit Übernachtung in Frankfurt gebucht werden.

**I-LOTSENAUSBILDUNG 2013/14
1. Wochenende: Samstag, 30. November
bis Sonntag, 01. Dezember 2013**

Der Hessische Jugendring möchte im Rahmen des Projekts "zusammen[]wachsen" möglichst viele Akteurinnen und Akteure aus den Jugendverbänden und den Stadt- und Kreisjugendringen in Hessen zu Expertinnen und Experten für Interkulturelle Öffnung ausbilden und bietet dazu eine interkulturelle Fortbildung für Haupt- und Ehrenamtliche aus Verbänden, Stadt- und Kreisjugendringen an. Die weiteren Wochenenden finden vom 1. bis 2. Februar und vom 1. bis 2. März 2014 statt. Die Anmeldefrist für die kostenfreie Fortbildung läuft bis zum 5. Juli 2013.



**INTERKULTURELLER SELBSTCHECK
Individuelle Terminvereinbarung mit teilnehmenden Verbänden!**

Ein weiterer Baustein des hjr-Projektes „zusammen[]wachsen“ ist der Interkulturelle Selbstcheck, ein kostenloses Angebot an die hessischen Jugendverbände zur Standortbestimmung im Prozess der interkulturellen Öffnung. Was genau dahintersteckt und wie euer Verband daran teilnehmen kann, erfahrt ihr unter: www.hessischer-jugendring.de/zusammen-wachsen.

**Alle Infos zu diesen und weiteren Terminen im Netz unter:
www.hessischer-jugendring.de**



- Arbeiter-Samariter-Jugend • Arbeitsgemeinschaft Jugend für Umwelt Hessen • Bund der Deutschen Katholischen Jugend • Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder • Bund Deutscher PfadfinderInnen • Bund kultureller Jugend • Chorjugend im HSB • Deutsche Beamtenbundjugend • Deutsche Jugend aus Russland • Deutsche Jugend in Europa • Deutsche Philatelisten-Jugend • Deutsches Jugendrotkreuz • Deutsche Wanderjugend • DGB-Jugend • DLRG-Jugend Hessen • Evangelische Jugend Hessen • Hessische Landjugend • Hessische Jugendfeuerwehr • Hessische Stenografenjugend • Johanniter-Jugend • Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt • Arbeitsgemeinschaft der Jugendwerke Evangelischer Freikirchen in Hessen • LAG JUPP 21 • Landesmusikjugend Hessen • Naturfreundejugend Deutschland • SJD – Die Falken • Solidaritätsjugend • Sportjugend Hessen • Ring junger Bünde Hessen • THW-Jugend Hessen